



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss | 5. Mai 1993
 Décision
 Decisione

Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen über die Rechte des Kindes von 1989
 Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens und weiteres Vorgehen

Aufgrund des Antrags des EDA vom 20. April 1993
 Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens über den Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen über die Rechte des Kindes wird Kenntnis genommen.
2. Das Vernehmlassungsergebnis wird veröffentlicht. Der Bericht wird an die Presse und auf Verlangen auch den angehörten Kreisen sowie weiteren Interessenten abgegeben.
3. Das EDA wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensten anderer Departemente eine Botschaft auszuarbeiten, die dem Parlament den Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen zur Genehmigung vorschlägt.

Für getreuen Protokollauszug:

Murat Müller

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
		EMD		
		EFD		
	X	EVD	5	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	6	-
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, den April 1993 20. April 1993

An den Bundesrat

**Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes von 1989
Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens und weiteres Vorgehen**

1. Seitdem die UNO-Generalversammlung das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderkonvention) verabschiedet hatte, brachte der Bundesrat bereits mehrmals zum Ausdruck, dass er beabsichtige, das Übereinkommen in nächster Zeit dem Parlament zur Ratifikation vorzuschlagen. In diesem Sinne unterzeichnete er denn auch am 1. Mai 1991 die Kinderkonvention, der unterdessen schon 125 Staaten aus der ganzen Welt beigetreten sind.

An 16. September 1992 beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten, ein Vernehmlassungsverfahren zum Beitritt der Schweiz zur Kinderkonvention durchzuführen. Kantone, Parteien, Verbände und andere interessierte Organisationen wurden eingeladen, sich bis zum 15. Dezember 1992 zum Vorhaben des Bundesrates, der Kinderkonvention beizutreten, zu äussern. Im Hinblick auf die Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft stellte das EDA im besonderen den Kantonen die folgenden Fragen:

1. Stimmen die geltenden kantonalen Gesetze und Verordnungen und die entsprechende Praxis mit den Anforderungen der Kinderkonvention überein?
2. In welchen Bereichen muss allenfalls kantonales Recht angepasst werden?
3. Welche konkreten Massnahmen sind in Ihrem Kanton getroffen worden, die bereits heute den Zielen der Kinderkonvention entsprechen?
4. Wo sehen die zuständigen kantonalen Behörden in ihren Kompetenzbereichen allfällige Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der programmatischen Ziele des Übereinkommens?

2. Das EDA hat während der gesetzten Frist und bis Ende Februar 1993 93 Antworten erhalten. Alle Kantone nahmen zum Vorhaben des Bundesrates und zu den gestellten Fragen Stellung. Das Bundesgericht und das Bundesversicherungsgericht, 7 Parteien (FDP, CVP, SPS, SVP, LPS, LdU, JLib) und 6 Spitzenverbände der Wirtschaft liessen sich vernehmen. 52 andere interessierte Organisationen haben sich - zum Teil in gemeinsamen Stellungnahmen - vernehmen lassen, davon kamen 3 Antworten von Eidgenössischen Kommissionen und 2 von schweizerischen Konferenzen kantonalen Direktoren.

Eine vollständige Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Vernehmlassung findet sich im Anhang an den beiliegenden Bericht über die Vernehmlassungsergebnisse.

Wie dem beiliegenden, ausführlichen Bericht über die Resultate des Vernehmlassungsverfahrens zu entnehmen ist, äussern sich die Kantone mit zwei Ausnahmen (Thurgau, Appenzell-Innerrhoden) positiv zum Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen. Alle Parteien, die sich vernehmen liessen (FDP, CVP, SPS, SVP, LPS, LdU, Jungliberale), begrüssen diesen Schritt; ebenso die stellungnehmenden Verbände. Die 53 anderen interessierten Organisationen, die sich äusserten, unterstützen mit einer einzigen Ausnahme mit Nachdruck das Vorhaben des Bundesrates.

Praktisch alle Stellungnahmen gehen davon aus, dass die schweizerische Rechtsordnung im Grundsatz den Anliegen des Übereinkommens gerecht wird. Viele Antworten identifizieren Bereiche, in denen das geltende kantonale oder eidgenössische Recht mit den entsprechenden Bestimmungen des Übereinkommens nicht völlig im Einklang stehe (vgl. dazu im Detail der beiliegende Bericht über die Resultate des Vernehmlassungsverfahrens). Wurden Unvereinbarkeiten festgestellt, verlangen einige Stellungnahmen entsprechende Vorbehalte gegenüber dem Übereinkommen, andere fordern die Anpassung des schweizerischen Rechts.

Im weiteren weisen zahlreiche Antworten darauf hin, dass das Übereinkommen nicht nur rechtliche Anpassungen in einzelnen Bereichen erfordere, sondern auch eine allgemeine Orientierung der politischen Entscheide an den Anliegen des Übereinkommens verlange. Einige Kantone bemerken, dass ihre bisherige Politik der Ausrichtung der Kinderkonvention bereits entspreche. Zahlreiche Stellungnahmen verlangten eine bessere Berücksichtigung der Interessen des Kindes und dessen Ansichten in den verschiedensten Politikbereichen.

3. Das grossmehrheitlich positive Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens bestätigt die immer wieder geäusserte Grundhaltung des Bundesrates. Wir schlagen deshalb dem Bundesrat vor, den Bericht über die Resultate des Vernehmlassungsverfahrens zu publizieren und unser Departement mit der Ausarbeitung einer Botschaft zu beauftragen, die dem Parlament den Beitritt zum Übereinkommen zur Genehmigung unterbreitet.

Das Übereinkommen garantiert Rechte des Kindes in all seinen Lebensbereichen. Wie dem beiliegenden Bericht zu entnehmen ist, wird die entsprechende Botschaft viele Rechtsbereiche, die in die Kompetenz von anderen Departementen oder sogar in jene der Kantone fallen, erfassen. Unser Departement wird deshalb auf die Mitarbeit der zuständigen Dienste anderer Departemente angewiesen sein und diese entsprechend konsultieren.

4. Die konsultierten Dienste des EJPD (Bundesamt für Justiz, Bundesamt für Polizei, Bundesamt für Ausländerfragen), des EDI (Bundesamt für Sozialversicherung, Bundesamt für Bildung und Wissenschaft, Bundesamt für Kultur), des EVD (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit) und des EVED (Bundesamt für Kommunikation) sind mit dem vorliegenden Antrag einverstanden.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN



Beilagen:

- Entwurf des Beschlussesdispositivs
- Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens (d, franz. Fassung folgt)
- Pressemitteilung

Zum Mitbericht an:

EJPD, EDI, EVD, EVED

Protokollauszug an:

EDA

**Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen über die Rechte des Kindes von 1989
Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens und weiteres Vorgehen**

Aufgrund des Antrags des EDA vom
Aufgrund der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens über den Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen über die Rechte des Kindes wird Kenntnis genommen.
2. Das Vernehmlassungsergebnis wird veröffentlicht. Der Bericht wird an die Presse und auf Verlangen auch den angehörten Kreisen sowie weiteren Interessenten abgegeben.
3. Das EDA wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensten anderer Departemente eine Botschaft auszuarbeiten, die dem Parlament den Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen zur Genehmigung vorschlägt.

Für getreuen Protokollauszug:



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, 21. April 1993

**Vernehmlassungsverfahren zum Beitritt der Schweiz zum UNO-Uebereinkommen
über die Rechte des Kindes, vom 20. November 1989 (Kinderkonvention)**

Bericht über die Ergebnisse

Inhaltsübersicht

1. Gegenstand der Vernehmlassung
 2. Eingegangene Stellungnahmen
 3. Die Stellungnahmen im Ueberblick
 4. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen
 5. Zusammenfassung
- Anhang: Teilnehmerliste

1. Gegenstand der Vernehmlassung

Der Bundesrat beauftragte am 16. September 1992 das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, ein Vernehmlassungsverfahren zum Beitritt der Schweiz zur Kinderkonvention durchzuführen. Kantone, Parteien, Verbände und andere interessierte Organisationen wurden eingeladen, sich bis zum 15. Dezember 1992 zum Vorhaben des Bundesrates, der Kinderkonvention beizutreten, zu äussern. Im Hinblick auf die Ausarbeitung einer entsprechenden Botschaft stellte das EDA im besonderen den Kantonen die folgenden Fragen:

1. Stimmen die geltenden kantonalen Gesetze und Verordnungen und die entsprechende Praxis mit den Anforderungen der Kinderkonvention überein?
2. In welchen Bereichen muss allenfalls kantonales Recht angepasst werden?
3. Welche konkreten Massnahmen sind in Ihrem Kanton getroffen worden, die bereits heute den Zielen der Kinderkonvention entsprechen?
4. Wo sehen die zuständigen kantonalen Behörden in ihren Kompetenzbereichen allfällige Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der programmatischen Ziele des Uebereinkommens?

2. Eingegangene Stellungnahmen

Dem EDA sind während der gesetzten Frist und bis Ende Februar 1993 93 Stellungnahmen zugegangen, die im Anhang zum vorliegenden Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens (mit den hier verwendeten Abkürzungen) aufgelistet sind.

Alle Kantone nahmen zum Vorhaben des Bundesrates und zu den gestellten Fragen Stellung. Das Bundesgericht und das Bundesversicherungsgericht, 7 Parteien (FDP, CVP, SPS, SVP, LPS, LdU, JLib) und 6 Spitzenverbände der Wirtschaft liessen sich vernehmen. 52 andere interessierte Organisationen haben sich - zum Teil in gemeinsamen Stellungnahmen - vernehmen lassen, davon kamen 3 Antworten von Eidgenössischen Kommissionen und 2 von schweizerischen Konferenzen kantonaler Direktoren.

3. Die Stellungnahmen im Ueberblick

3.1. Methodologisches

Die vorliegende Zusammenfassung der Ergebnisse gliedert sich in die Wiedergabe der grundsätzlichen Stellungnahmen zum Vorhaben des Bundesrates (Ziff. 3) und in die Zusammenstellung der hauptsächlichlichen Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen der Kinderkonvention (Ziff. 4). Die Antworten auf die den Kantonen gestellten Fragen finden sich demnach thematisch aufgeschlüsselt. Die Zusammenfassung kann der grossen Fülle von erhaltenen Informationen und Meinungen zu den einzelnen Problemen nur sehr beschränkt Rechnung tragen. Die auszuarbeitende Botschaft zum Beitritt der Schweiz zur Kinderkonvention wird auf die Bemerkungen zu den einzelnen Sachgebieten vertiefter eingehen können.

3.2. Grundsätzliche Stellungnahmen zum Beitritt der Schweiz

3.2.1 Die Kantone

24 Kantone befürworten grundsätzlich den Beitritt der Schweiz zur Kinderkonvention. Einige Kantone führen an, dass die grundsätzliche Ausrichtung der Kinderkonvention am Wohl des Kindes und an dessen Schutz durchaus den Maximen der geltenden Rechtsordnung und der Praxis in der Schweiz entspreche. Andere betonen, dass der Beitritt als Zeichen internationaler Solidarität wünschbar sei und zu einem verbesserten Schutz und zur Förderung von Kindern auf nationaler wie internationaler Ebene beitragen könne. Einige Kantone heben hervor, dass das Uebereinkommen das Kind nicht nur als blosses Schutzobjekt behandle, sondern es zum eigenständigen Träger von Rechten mache, der auch verantwortungsvolle Entscheide fällen könne. Die befürwortenden Kantone erwarten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung des Uebereinkommens in die schweizerische und in die kantonalen Rechtsordnungen.

Einzig die Kantone Thurgau und Appenzell-Innerrhoden sprechen sich gegen den Beitritt aus. Der Kanton Thurgau macht dabei geltend, es mangle weltweit nicht an neuen Normen zum Schutz der Kinder, wie sie die Kinderkonvention vorsieht; es fehle vielmehr an deren konsequenten Durchsetzung. Der Kanton Appenzell-Innerrhoden erachtet die Ratifizierung des Uebereinkommens nicht als notwendig, da die Schweiz bereits über einen gut ausgebauten Kinderschutz verfüge. Wo die Kinderkonvention über den eidgenössischen Standard hinausgehe, schiesse sie grundsätzlich über das Ziel hinaus.

Der Kanton Zürich äussert sich zwar grundsätzlich positiv zum Beitritt, findet jedoch den Zeitpunkt verfrüht und empfiehlt den Bundesbehörden eine nähere Abklärung offener Fragen im Bereich der Umsetzung ins schweizerische Recht sowie die Durchführung eines zweiten Vernehmlassungsverfahrens zum kantonalen Handlungsbedarf.

Andere Kantone (ZG, SH) fordern eine möglichst rasche Ratifizierung.

3.2.2 Die eidgenössischen Gerichte

Das Bundesgericht äussert sich aus Gründen der Gewaltentrennung nicht grundsätzlich zum Vorhaben des Bundesrates. Das Eidgenössische Versicherungsgericht empfiehlt den Beitritt zum Uebereinkommen.

3.2.3 Die politischen Parteien und die Spitzenverbände der Wirtschaft

Die sich äussernden Parteien befürworten alle den Beitritt der Schweiz zum Uebereinkommen. Von den Spitzenverbänden der Wirtschaft stimmen der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Schweizerische Handels- und Industrieverein, der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen und die Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände grundsätzlich dem Beitritt zu. Der Schweizerische Bauernverband und der Schweizerische Gewerbeverband verzichten auf eine Stellungnahme, da sie von der Kinderkonvention nicht direkt betroffen seien.

Nach Ansicht mehrerer Parteien erfüllt die Schweiz bereits weitgehend die Anliegen der Kinderkonvention. Ein Beitritt der Schweiz sei vor allem ein Zeichen internationaler Solidarität, welche einen besseren rechtlichen Schutz und eine vermehrte Förderung des Kindes auf internationaler wie auf nationaler Ebene zum Ziele habe. Laut SPS und Schweizerischem Gewerkschaftsbund ist die Kinderkonvention eine Aufwertung des Blickwinkels des Kindes. Die LPS räumt hingegen ein, dass die Formulierungen der Kinderkonvention zum Teil zu wünschen übrig liessen und Tragweite und Inhalt der Rechte des Kindes nicht immer klar erkennen liessen.

CVP, FDP, SPS und die Jungliberale Bewegung legen Wert auf eine rasche Ratifizierung.

3.2.4 Die anderen interessierten Organisationen

Die anderen interessierten Organisationen stimmen dem Beitritt praktisch unisono zu, die meisten Organisationen dringen auf ein rasches Handeln des Bundesrates. Einzig die Organisation Sentinelles - unter der Leitung des Gründers von Terre des Hommes, Edmond Kaiser - lehnt die Kinderkonvention ab, weil sie die Rechte des Kindes zuwenig weitgehend schütze und seinen Interessen allzu beschränkt Rechnung trage.

Mehrere Organisationen begrüßen vor allem die Grundidee des Uebereinkommens, wonach das Kind als eigenständige Rechtspersönlichkeit, eingebettet in ein soziales Umfeld, ernst genommen werden soll.

3.3. Anpassungsbedarf der Rechtsordnung und Vorbehalte zum Uebereinkommen im allgemeinen

3.3.1 Die Kantone

Die meisten Kantone stellen mehr oder weniger ausdrücklich fest, dass ihre Rechtsordnung und die entsprechende Praxis in ihren Grundzügen im Einklang mit den Leitlinien der Kinderkonvention stehen. Mehrere Kantone (NW, FR, AR, AG, JU) sind der Ansicht, dass ihre Rechtsordnungen überhaupt keiner Anpassung bedürften.

Die meisten Kantone identifizieren einige Bereiche, wo sich Unstimmigkeiten mit dem kantonalen oder eidgenössischen Recht ergeben, einige stellen in bestimmten Fällen konkreten Anpassungsbedarf der kantonalen oder der eidgenössischen Ordnung fest (dazu im einzelnen unten Ziff. 4.). Allerdings weisen mehrere Kantone darauf hin, dass die offenen Formulierungen der Kinderkonvention nicht immer genügend klar sind, um die Auswirkungen auf das eidgenössische und kantonale Recht zuverlässig beurteilen zu können.

Einige Kantone (BE, ZG, GE, JU), befürworten grundsätzlich einen Beitritt ohne Vorbehalte, während andere Kantone (ZH, SZ, GL, SG, AG) sich ausdrücklich für die Formulierung von einzelnen Vorbehalten aussprechen, damit die entgegenstehenden kantonalen oder eidgenössischen Bestimmungen nicht angepasst werden müssten.

3.3.2 Die eidgenössischen Gerichte

Das Bundesgericht macht auf verfahrensrechtliche Unstimmigkeiten zwischen schweizerischer Rechtsordnung und Kinderkonvention aufmerksam. Das Eidgenössische Versicherungsgericht weist auf Inkompatibilitäten im Bereich der Sozialversicherung hin.

3.3.3 Die Parteien und Verbände

Mehrere Parteien und einige Verbände stellen ebenfalls fest, dass die schweizerische Rechtsordnung in den grossen Zügen den Anforderungen der Kinderkonvention entspreche und identifizieren Anpassungsbedarf in einzelnen Teilbereichen (vgl. dazu unten Ziff. 4). Der LdU akzeptiert die Kinderkonvention vor allem als Zieldeklaration, die für die Schweiz keinen unerfüllbaren Mindeststandard setzt.

Die SVP spricht sich grundsätzlich gegen die Formulierung von Vorbehalten aus, da dies das Image der Schweiz auf internationaler Ebene beeinträchtigt. Da die Bestimmungen des Uebereinkommens nicht direkt anwendbar seien, habe die Schweiz Zeit, ihre Rechtsordnung entsprechend anzupassen. Die FDP äussert sich nicht grundsätzlich zur Frage der Vorbehalte, schlägt aber solche zu einzelnen Punkten vor. Die SPS befürwortet eine vorbehaltlose Ratifizierung und verlangt entsprechende Aenderungen der schweizerischen Rechtsordnung, soweit diese mit der Kinderkonvention nicht zu vereinbaren sei. Laut LPS wird die Formulierung von Vorbehalten, die dem aktuellen Stand der Gesetzgebung Rechnung tragen, möglicherweise nötig sein. Die Jungliberale Bewegung der Schweiz verlangt hingegen eine vorbehaltlose Ratifizierung.

3.3.4 Die anderen interessierten Organisationen

Auch zahlreiche interessierte Organisationen führen an, dass die schweizerische Rechtsordnung die in der Konvention aufgeführten Rechte des Kindes bereits in vielen Bereichen verwirklicht. Viele Organisationen stellen aber einen Anpassungsbedarf in verschiedenen Bereichen fest (vgl. zu den Einzelheiten unten Ziff. 4). Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen verlangt allgemein eine explizite Verankerung der Rechte des Kindes in der Bundesverfassung und in der schweizerischen Gesetzgebung, die heute den Anliegen der Kinderkonvention nur implizit gerecht werde.

Die grosse Mehrheit der Organisationen (1, 2, 3, 6, 8, 9, 10, 11, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 32, 33, 34, 35, 38, 39, 42, 48, 49, 53) verlangt im weiteren ausdrücklich einen Beitritt ohne Vorbehalte.

3.4. **Massnahmen zur Umsetzung der programmatischen Bestimmungen des Uebereinkommens**

3.4.1 Die Kantone

Viele Kantone stellen fest, dass ihre Behörden bereits heute eine Politik verfolgen, die den programmatischen Bestimmungen der Kinderkonvention gerecht wird. Die Wiedergabe der einzelnen bereits getroffenen oder geplanten Massnahmen, von denen die Kantone berichten, sprengt allerdings den Rahmen dieser Zusammenfassung.

Einige Kantone erwarten keine besonderen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der programmatischen Bestimmungen des Uebereinkommens. Einzelne Kantone stellen die Notwendigkeit eines dauernden Engagements im Sinne der Kinderkonvention in den Vordergrund und betonen, dass nicht unbedingt die Schaffung neuer Normen, sondern die Auslegung und praktische Umsetzung der geltenden Normen im Sinne der Kinderkonvention im Vordergrund stehe. Mehrere Kantone weisen auf die beschränkten finanziellen Mittel hin, die für die Verwirklichung der programmatischen Ziele des Uebereinkommens zur Verfügung stehen.

Der Kanton Jura befürwortet die Einführung einer Ombudsstelle für Kinder, an die sich Kinder in familiären oder schulischen Notsituationen wenden könnten.

3.4.2 Die Parteien und Verbände

Die CVP weist auf die Notwendigkeit von Massnahmen zur Unterstützung der Familie hin, welche im Sinne der Kinderkonvention für die Entwicklung des Kindes im Zentrum stehen müsse. Die SPS betont, dass die Schweiz einige rechtliche und politische Massnahmen ergreifen müsse, um den rechtlichen Anforderungen und programmatischen Anliegen der Kinderkonvention nachzukommen. Für die SPS und den Schweizerischen Gewerkschaftsbund bedeutet ein Beitritt für die Schweiz, dass sie in all ihren internationalen Beziehungen, auch den wirtschafts- und entwicklungspolitischen, den menschenrechtlichen Interessen des

Kindes besser Rechnung tragen müsse. Die LPS stellt fest, dass die Kinderkonvention nicht nur individuelle Rechte umschreibe, sondern auch Massnahmen im Sinne einer zusammenhängenden "Kinderpolitik" verlange.

3.4.3 Die anderen interessierten Organisationen

Zahlreiche Organisationen (17, 20, 26, 27, 28, 29, 31) betonen allgemein die Notwendigkeit, den Anliegen des Uebereinkommens im praktischen Alltag Rechnung zu tragen und konkrete Massnahmen zur praktischen Umsetzung der Bestimmungen zu ergreifen. Die Vorschläge solcher Massnahmen sind vielfältig. Allgemeine Schwergewichte waren etwa:

- Wichtigkeit von präventiv wirkende Massnahmen zum Schutz des Kindes
- vermehrte Unterstützung von Organisationen, die Interessen von Kinder vertreten (33)
- Ausarbeitung eines Massnahmenplans des Bundes (17)
- Schaffung von Ombudsstellen, Kinderkommissionen oder Stabstellen, welche die Interessen des Kindes in Gesellschaft und Verwaltung wahrnehmen können (25)
- Einführung einer Kinderverträglichkeitsprüfung bei Verwaltungsentscheiden
- Organisation einer nationalen Konferenz privater und öffentlicher Institutionen, um Massnahmen zu diskutieren und anzuregen (2)
- Ausrichtung der Aussenpolitik (Wirtschafts- und Entwicklungspolitik) an den Bedürfnissen des Kindes (2, 20, 24, 31, 33, 34).

4. Bemerkungen zu den Bestimmungen des Uebereinkommens im einzelnen

Folgende Bereiche wurden vorwiegend angesprochen:

Definition des "Kindes": Altersgrenze 18 Jahre (Art. 1)

Einige Kantone äussern sich zur Frage, ob die unterschiedlichen verwaltungsrechtlichen (z.B Zutrittsbeschränkungen zu Spielsalons, Kinos, Diskotheken, Alkoholverbote) und strafrechtlichen Schutzalter sowie die unterschiedlichen Altersgrenzen für die persönliche Geltendmachung von Rechten den Anforderungen der Kinderkonvention genügen. Die Mehrzahl kommt zum Schluss, dass die geltenden Bestimmungen der Autonomie des Kindes entsprechend seiner Reife Rechnung trügen. Auch einige Organisationen machen die unterschiedlichen Altersgrenzen im kantonalen und eidgenössischen Recht aufmerksam, deren Uebereinstimmung mit den Anliegen der Kinderkonvention zum Teil fraglich sei.

Diskriminierungsfreie Gewährleistung der Rechte für alle Kinder (Art. 2)

Zahlreiche interessierte Organisationen bezweifeln, ob die aktuelle Gesetzgebung diesem Anspruch genügt. Folgende Bereiche kommen vor allem zur Sprache:

- Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes: Mehrere Organisationen verlangen aktive Massnahmen zur praktischen Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes, dem beispielsweise in der Erziehung noch immer nicht nachgelebt werde (1, 2, 17, 24, 25, 33).

- Diskriminierung aufgrund des Status: Mehrere Organisationen bemerken, dass Kinder unverheirateter Eltern nicht immer gleichbehandelt werden (1, 14, 17).
- Diskriminierung aufgrund nationaler, sozialer und ethnischer Herkunft: Einige Organisationen (19, 25, 26, 27, 28, 29, 34, 37, 48) verlangen Massnahmen zur Gleichstellung von Kindern ausländischer Staatsangehörigkeit und zur Verbesserung der Chancen von Kindern armer Familien und von Angehörigen kultureller Minderheiten.

Orientierung aller Massnahmen am Wohl des Kindes (Art. 3)

Einige Stellungnahmen gehen davon aus, dass das Wohl des Kindes schon heute in der schweizerischen Rechtsordnung als Leitprinzip verankert ist, dessen praktische Umsetzung jedoch in einigen Bereichen noch vermehrter Bemühungen bedarf.

- Mehrere interessierte Organisationen (19, 24, 31, 32, 34) fordern eine bessere Berücksichtigung dieses Grundsatzes als Leitlinie für das gesamte Handeln des Staates oder für bestimmte Teilbereiche (z.B. für Raumplanung, Strassenverkehr, Umweltschutz, für Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern, für die Gewährung von Asyl und die Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern).
- Mehrere Organisationen (1, 37) fragen sich, ob die Vormundschaftsbehörden den Anforderungen der Kinderkonvention genügen und wünschen eine entsprechende Professionalisierung und Weiterbildung dieser Behörden.
- Eine Organisation (2) verlangt die explizite Verankerung dieses Prinzips in künftigen Gesetzesrevisionen.

Rechte und Pflichten der Eltern (Art. 5)

Mehrere Parteien (SVP, CVP, SPS) und zahlreiche Organisationen (9, 13, 15, 24, 26, 27, 28, 29, 31, 34, 37) unterstreichen die Bedeutung der Familie für die Entwicklung, wie sie sowohl in der Kinderkonvention wie auch im schweizerischen Recht zum Ausdruck kommt. Zahlreiche Stellungnahmen verlangen positive Massnahmen zur Unterstützung der Familie in ihrer Verantwortung dem Kind gegenüber.

Die CVP, die SP und mehrere andere interessierte Organisationen (14, 17, 18, 26, 27, 28, 29) weisen darauf hin, dass die Familie in all ihren heutigen Erscheinungsformen geschützt und unterstützt werden müsse.

Angeborenes Recht auf Leben und Entwicklung, Schutz des Kindes vor und nach der Geburt (Präambel Abs. 9, Art. 6)

Die widersprüchliche Formulierung der beiden Bestimmungen lässt den Kanton Zürich die Frage stellen, ob das Uebereinkommen das Kind auch vor seiner Geburt schütze - eine Frage, welche die schweizerische Bischofskonferenz ausdrücklich bejaht. Mehrere Organisationen (14, 45, 46, 47, 51, 52) verwahren sich allerdings gegen eine Auslegung dieser Bestimmungen, die eine restriktive Abtreibungspolitik gebieten würde. Einige Organisationen verlangen eine entsprechende Präzisierung in der Botschaft des Bundesrates (46, 51, 52) oder fragen sich, ob ein entsprechender Vorbehalt notwendig sein könnte (14, 47).

Recht auf Staatsangehörigkeit (Art. 7)

Ein Kanton (GL), zwei Parteien (SPS, LPS) und zahlreiche Organisationen (2, 19, 21, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 32, 34, 39, 48) stellen fest, dass die schweizerische Bürgerrechtsgesetzgebung keinen solchen Anspruch kennt und die Bundesbehörden ihre Regelung im Hinblick auf staatenlose Flüchtlingskinder und auf adoptierte ausländische Kinder überprüfen sollten. Der Kanton Schwyz und die FDP verlangen hier einen Vorbehalt, da am ausschliesslichen Erwerb der schweizerischen Staatsbürgerschaft durch Abstammung und Einbürgerung festgehalten werden sollte.

Recht auf Kenntnis der Eltern (Art. 7)

Mehrere Kantone (ZH, SO) werfen die Frage der Anonymität des Samenspenders bei der künstlichen Insemination und der In-vitro-Fertilisation auf. Der Kanton Zürich befürwortet einen diesbezüglichen Vorbehalt der Schweiz. Gemäss CVP erlaubt die einschränkende Formulierung der Bestimmung eine flexible Anwendung für die heterologe Befruchtung.

Zwei Parteien (SPS, LPS) und mehrere Organisationen (12, 24, 31, 29, 34) stellen fest, dass neben der Anonymität des Samenspenders auch das schweizerische Adoptionsgeheimnis (Art. 268b ZGB), welches die Anonymität der leiblichen Eltern des adoptierten Kindes schützt, den Anforderungen der Kinderkonvention nicht entspreche.

Möglichkeit gerichtlicher Ueberprüfung der Trennung von den Eltern (Art. 9 Abs.1)

Einige Kantone (ZH, BE, SO, BL, SG) und das Bundesgericht stellen fest, dass die Kinderkonvention auch eine gerichtliche Ueberprüfung des Entzugs der elterlichen Obhut verlangt. In den kantonalen Ordnungen ist jedoch in Anwendung von Art. 314 und 314a ZGB nur der Entzug der elterlichen Gewalt und die Einweisung des Kindes in eine Anstalt, aber nicht der Entzug der elterlichen Obhut in der Form der Fremdplazierung gerichtlich überprüfbar. Einzelne Kantone (ZH, SG) empfehlen hier einen zumindest vorläufigen Vorbehalt. Das Bundesgericht weist allerdings darauf hin, dass bereits Art. 6 Abs. 1 EMRK einen analogen Rechtsschutz verlange, und der Kanton Solothurn zitiert auf einen entsprechenden Bundesgerichtsentscheid vom 17. Dezember 1992.

Andere Kantone (BS, AG, GE) sehen die gerichtliche Ueberprüfung von Entscheiden über den Entzug der elterlichen Obhut schon jetzt vor.

Gelegenheit zur Meinungsäusserung für alle Beteiligten im Trennungsverfahren (Art. 9 Abs.2)

Zahlreiche Kantone (ZH, LU, SO, BS, SG, AG, VS, NE, JU) weisen darauf hin, dass die Anhörung des Kindes zur Zuteilung der elterlichen Gewalt im Scheidungsverfahren heute gesetzlich nicht verankert ist und erst mit der bevorstehenden Revision der entsprechenden Bestimmungen des Zivilgesetzbuches (Art. 147 Abs. 2 des Entwurfes) eingeführt werden

soll. Eine solche Anhörung ist (ausser in NE) in ihren kantonalen Verfahren nicht festgeschrieben, wenn sie auch zum Teil (UR, GE) praktiziert wird. Im Kanton Neuenburg gibt es allerdings ein ausdrückliches Anhörungsrecht. Der Kanton St. Gallen empfiehlt einen entsprechenden Vorbehalt.

Zwei Parteien (SPS, LPS) und mehrere Organisationen (1, 2, 18, 25) stellen Unvereinbarkeit zwischen dieser Bestimmung und dem schweizerischen Recht fest und verlangen die gesetzliche Verankerung des Anhörungsrechts in Verfahren, das zur Trennung zwischen Kind und Eltern oder Elternteil führt.

Recht auf regelmässige persönliche Beziehungen und Kontakte (Art. 9 Abs. 3)

Zwei Kantone (ZH, GE) weisen daraufhin, dass die schweizerische Rechtsordnung dieses Recht nicht kennt. Der Kanton Genf befürwortet eine entsprechende Anpassung des eidgenössischen Rechts, der Kanton Zürich fasst auch einen Vorbehalt ins Auge.

Die SPS und die LPS bemerken ebenfalls, dass das schweizerische Recht lediglich ein Recht der Eltern auf persönlichen Verkehr (Art. 273 ZGB), aber keinen Anspruch des Kindes auf Kontakt vorsieht. Mehrere Organisationen (14, 18, 24, 31, 34, 35, 45) wünschen eine entsprechende Aenderung.

Familienzusammenführung (Art. 10)

Einige Kantone (ZH, GL, BS, AG), mehrere Parteien (SVP, CVP, FDP, SPS, LPS) und Verbände (Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeber, SGB) sowie zahlreiche interessierte Organisationen (2, 3, 8, 9, 10, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 24, 26, 27, 28, 29, 33, 34, 43, 48, 49) stellen fest, dass die eidgenössischen Ausländergesetzgebung für Saisoniers, Kurzaufenthalter und vorläufig Aufgenommene den Familiennachzug ausschliesst und deshalb mit dieser Bestimmung der Kinderkonvention nicht im Einklang stehe. Zwei Kantone (ZH, SZ), zwei Parteien (CVP, FDP) und die Schweizerische Konferenz der Fürsorgedirektoren empfehlen einen entsprechenden Vorbehalt; die CVP verlangt die schrittweise Abschaffung des Saisonier-Statuts, damit der Vorbehalt zurückgezogen werden könne. Andere Kantone (TI, VD, JU), die SPS und der Schweizerische Gewerkschaftsbund sowie praktisch alle interessierten Organisationen, die sich dazu äussern, verlangen eine Anpassung des eidgenössischen Rechts.

Für zwei Kantone (OW, VD) lässt sich die Frage, ob die heutige Gesetzgebung und Praxis im Bereich des Familiennachzugs von Ausländerinnen und Ausländern mit der Kinderkonvention vereinbar ist, nicht definitiv beantworten. Der Schweizerische Handels- und Industrieverein ist allerdings der Auffassung, die schweizerische Ausländergesetzgebung sei mit der Kinderkonvention vereinbar, da auch diese keinen absoluten Anspruch auf Familiennachzug, sondern nur eine Verpflichtung zu wohlwollender Behandlung von entsprechenden Gesuchen enthalte. Regelmässige persönliche Beziehungen zwischen Eltern und Kind seien auch im Rahmen von Touristenbesuchen, also ohne dauernden Aufenthalt des Kindes in der Schweiz, möglich. Der Schweizerische Handels- und Industrieverein verlangt deshalb einen erklärenden Vorbehalt, wonach die Schweiz ihre bisherige Politik der Familienzusammenführung als kompatibel mit der Kinderkonvention erachtet.

Die SPS, der Schweizerische Gewerkschaftsbund und die Eidgenössische Kommission für Ausländerprobleme kritisieren im weiteren die Praxis, welche den Familiennachzug auch für weitere Kategorien von ausländischen Staatsangehörigen an verschiedene Bedingungen (z.B. "angemessene" Wohnung) knüpft und in vielen Fällen verunmögliche bzw. zum illegalen Aufenthalt von Kindern ("versteckten" Kindern) führe. Mehrere Organisationen (19, 24, 34) fordern zudem eine prioritäre Berücksichtigung des Anspruchs auf Zusammenleben in der Familie bei allen Entscheiden über Zulassung, Aufenthalt und Ausschaffung von Ausländerinnen und Ausländern.

Bekämpfung rechtswidrigen Verbringens von Kindern ins Ausland (Art. 11)

Nach Auffassung des Kantons Zürich entspricht diese Bestimmung den Zielen des Bundes. Laut SPS gibt es zwar Bestimmungen zum Schutz vor Kindesentführung, illegalen Adoptionen und Kinderhandel, deren praktische Einhaltung sei jedoch nicht immer gesichert. Die SPS und mehrere Organisationen (2, 17, 26, 27, 28, 29) verlangen, dass die Bemühungen zum Abschluss internationaler Verträge zum Schutz vor Kindesentführungen verstärkt und die betroffenen Elternteile unterstützt werden.

Meinungsäusserungsfreiheit, Pflicht zur Berücksichtigung der Meinung des Kindes (Art. 12)

Nach Auffassung von zwei Kantonen (ZH, VD), wird die Meinung des Kindes heute nicht in allen massgeblichen Verfahren berücksichtigt. Der Kanton Waadt, die SPS und zahlreiche Organisationen (2, 8, 9, 10, 17, 20, 21, 22, 24, 34, 39) verlangen deshalb die gesetzliche Verankerung des rechtlichen Gehörs in gerichtlichen und administrativen Verfahren und in Entscheidungsprozessen, die das Kind betreffen.

Zwei Kantone (SG, GL) meinen, dass eine diesbezügliche Verbesserung durch konventionskonforme Auslegung ohne Aenderung der geltenden Verfahrensordnungen möglich wäre. Andere Kantone (GL, BS) sind der Ansicht, dass die Praxis ihrer Verwaltungs- und Justizbehörden bereits diesem Anliegen entspreche, obwohl dies gesetzlich nicht oder nur teilweise (BS) verankert sei. Der Kanton Aargau meint, dass diese Bestimmung der Kinderkonvention im Sinne des rechtlichen Gehörs von Art. 4 BV zu verstehen und nicht als absolute Verpflichtung des Richters zur persönlichen Anhörung des Kindes auszulegen sei.

Die SPS weist in diesem Zusammenhang auch auf die pauschale Ausschliessung jüngerer Kinder vom persönlichen Geltendmachen ihrer Rechte hin, wie zum Beispiel bei der Rekursmöglichkeit gegen die föderale Freiheitsentziehung. Zwei Organisationen (24, 34) betonen, dass auch die Meinung von Kindern unter 14 Jahren zu bestimmten, sie betreffenden Problemen ernst genommen werden müssten. Die Schweizerische Elternvereinigung macht geltend, dass Anhörungen des Kindes in Gerichts- und Verwaltungsverfahren im allgemeinen von fachkompetenten Personen durchgeführt werden müsse. Darüber hinaus weisen mehrere Organisationen (25, 26, 27, 28, 29) darauf hin, dass eine adäquate erwachsene Vertretung der Kinder nötig sei, wenn sie ihre Rechte - auch gegenüber ihrer nächsten Umgebung - nicht direkt wahrnehmen und sich nicht selbst äussern können.

Für mehrere interessierte Organisationen (2, 24, 25) impliziert diese Bestimmung Mitbestimmungsrechte in der Schule.

Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 14)

Der Kanton Solothurn fragt sich, ob diese Bestimmung mit Art. 49 Abs. 3 BV (eingeschränkte Religionsfreiheit bis 16 Jahre) vereinbar wäre. Amnesty International verneint dies und verlangt eine Aenderung von Art. 49 Abs. 3 BV.

Die SPS stellt fest, dass die EMRK die Religionsfreiheit besser schütze als die Kinderkonvention. Die LPS und verschiedene Organisationen (24, 34) bemängeln die gegenüber dem geltenden Völkerrecht einschränkende Formulierung des Rechts auf Religionswechsel, letztere möchten, dass die Schweiz gegenüber dieser restriktiven Bestimmung ihre Vorbehalte anmeldet.

Zugang zu und Schutz vor Informationen der Massenmedien (Art. 17)

Einige Stellungnahmen betonen die Bedeutung der Medien für die Entwicklung des Kindes. Die SPS und einige Organisationen (17, 26, 27, 28, 29, 31) verlangen besseren Schutz des Kindes vor zuviel Informationen oder vor Medieninhalten, die sein Wohlergehen gefährden könnten, oder sie fordern ein grösseres Engagement des Bundes zur Gestaltung von Medieninhalten im Sinne der Grundwerte unserer Gesellschaft.

Der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen möchte einen Vorbehalt, der klarstellt, dass nur Kinder einheimischer Minderheiten in Genuss spezieller Programme kommen sollen.

Gemeinsame Verantwortung der Eltern für das Kind (Art. 18 Abs. 1)

Einige Kantone (ZH, BS, GE), zwei Parteien (SVP, LPS) und mehrere Organisationen (12, 14, 18, 22, 24, 31, 34, 45) stellen fest, dass die geltende schweizerische Rechtsordnung keine Möglichkeit zur gemeinsamen Sorge geschiedener und unverheirateter Eltern vorsieht und deshalb dieser Bestimmung nicht entspreche. Ein Kanton (SO) fragt sich allerdings, ob diese Bestimmung tatsächlich die gemeinsame Ausübung der elterlichen Gewalt durch unverheiratete oder geschiedene Eltern fordere. Der Kanton Zürich fasst die Formulierung eines Vorbehaltes ins Auge. Der Kanton Genf, die LPS und einige Organisationen (14, 24, 34) befürworten die vorgesehene Revision des Scheidungsrechts in diesem Bereich, letztere betonen aber, dass diese die Lage der Kinder unverheirateter Eltern nicht verändert.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe weist darauf hin, dass diese Bestimmung auch eine restriktive Handhabung des Familiennachzuges verbietet.

Sorge für Aufbau von Kinderbetreuungsinstitutionen (Art. 18 Abs. 2 und 3)

Mehrere Kantone fragen sich, ob aus diesen Bestimmungen eine Pflicht der Kantone zur Schaffung von neuen Kinderbetreuungsstellen abgeleitet werden kann. Einige Kantone (ZH, SZ, SG) und der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen verlangen in diesem Fall einen Vorbehalt der Schweiz. Andere Kantone (BE, NW, GL, SO, GR) stellen jedenfalls fest, dass ein Anspruch auf Kinderbetreuungsdienste im kantonalen Recht nicht besteht. Einzelne Kantone (ZG, VD) erwägen eine Ueberprüfung der entsprechenden Bestimmungen im Sinne der Kinderkonvention.

Drei Parteien (SVP, SPS, LPS) stellen fest, dass die schweizerische Rechtsordnungen den Anforderungen der Kinderkonvention nicht zu genügen vermag. Zahlreiche andere Organisationen (1, 14, 17, 18, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 42, 45) beklagen einen zum Teil dramatischen Mangel an Kinderbetreuungsinstitutionen und verweisen auf den entsprechenden Bericht der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, welche einen konkreten Handlungsbedarf aufgezeigt habe.

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen macht zudem geltend, dass die Unterstützung berufstätiger Eltern in ihrer Aufgabe auch eine grosszügige gesetzliche Regelung bezüglich Freistellung erwerbstätiger Eltern bei Krankheit ihrer Kinder verlange.

Der Kanton Appenzell-Ausserrhoden berichtet von Bestrebungen, die zeitlich begrenzte Leistungen für Eltern von Kleinkindern einführen wollen, damit keine finanziellen Gründe die Betreuung der Kinder durch die Eltern verhindern.

Schutz vor Gewalt, Misshandlung und Ausbeutung innerhalb der Familie (Art. 19)

Die SPS, die LPS und zahlreiche interessierte Organisationen (1, 2, 17, 18, 24, 26, 27, 28, 29, 31, 34, 39, 42) weisen darauf hin, dass trotz entsprechenden Strafbestimmungen die Misshandlung von Kindern verbreitet ist. Sie fordern präventiv wirkende Massnahmen im Sinne der kürzlich veröffentlichten Empfehlungen einer Arbeitsgruppe des EDI.

Mehrere Kantone (AG, TI) verweisen auf das neue Opferhilfegesetz, das den Anforderungen der Kinderkonvention gerecht zu werden erlaube. Eine Organisation (35) fordert eine stärkere Unterstützung der Kantone durch den Bund bei der praktischen Anwendung des Opferhilfegesetzes.

Schutz des Adoptivkindes, Gleichbehandlung des ausländischen Adoptivkindes (Art. 21)

Mehrere Kantone stellen grundsätzliche Uebereinstimmung mit den Anliegen der Kinderkonvention fest.

Mehrere Kantone (ZH, VD, JU), die SPS und mehrere interessierte Organisationen (24, 34) machen geltend, dass der Anspruch des ausländischen Adoptivkindes auf Gleichbehandlung mit dem inländischen in der Schweiz nicht gewährleistet sei. Die Stellungnahmen führen dabei vor allem an, dass die zweijährige Wartefrist, die ein zur Adoption vorgesehenes Kind

als Pflegekind bei seinen künftigen Adoptiveltern verbringen muss, schwerwiegende Konsequenzen für die Situation eines ausländisches Kindes haben kann. Kommt eine Adoption nach dieser Frist nicht zustande, sei das ausländische Kind in einer ungleich schwierigeren Situation als das schweizerische: Es sei unter Umständen staatenlos, ohne Identität und ohne Sozialversicherungsansprüche, da die Beziehungen zu seinen biologischen Eltern abgebrochen wurden. Der Kanton Waadt verlangt deshalb eine Anpassung des eidgenössischen Rechts. Der Kanton Zürich verweist auf einen Widerspruch zwischen dem Gleichbehandlungsgebot und der Gesetzgebung des internationalen Privatrechts (Art. 78 Abs. 2 IPRG), wonach die Wirkungen des Adoptionsverhältnisses nach dem Recht des Staates, wo die Adoption begründet wurde, beurteilt werden.

Die SPS und mehrere interessierte Organisationen (24, 32, 34) verlangen im weiteren grössere Sorgfalt der Kantone bei der Prüfung der Rechtmässigkeit der Adoption ausländischer Kindern, um Kinderhandel zu verhindern.

Der Kanton Waadt und die sich äussernden Organisationen wünschen ein vermehrtes internationales Engagement der Bundesbehörden zur Bekämpfung des Handels mit Adoptivkindern.

Schutz und Beistand für Flüchtlingskinder (Art. 22)

Die SPS und verschiedene interessierte Organisationen (2, 19, 21) verlangen eine stärkere Berücksichtigung der Interessen des Kindes in den Entscheiden über Asyl und Rückschiebung sowie mehr Anstrengungen zur besonderen Betreuung unbegleiteter Flüchtlingskinder. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe bemerkt, dass dem höchstpersönlichen Recht des urteilsfähigen Kindes, ein selbständiges Asylgesuch zu stellen, im Asylverfahren zuwenig Rechnung getragen werde.

Schliesslich verlangt die SPS eine Verstärkung des schweizerischen Engagements für die Bemühungen des UNHCR in diesem Bereich.

Schutz und Förderung des behinderten Kindes (Art. 23)

Mehrere Kantone (ZG, AG) machen geltend, dass sie diesem Anliegen bereits Rechnung tragen. Andere Kantone (AG) und interessierte Organisationen (2, 48) weisen auf die Notwendigkeit weiterer Förderungsmassnahmen hin.

Recht auf Gesundheit (Art. 24)

Zahlreiche Kantone berichten über verschiedenste Anstrengungen auf diesem Gebiet. Einige (ZH, BE, GL, SO, BS, AG, TI, NE, GE) bewerten ihre Anstrengungen in diesem Bereich ausdrücklich als der Kinderkonvention entsprechend. Mehrere Organisationen (24, 31, 34, 42, 50) verlangen mehr präventive Massnahmen - beispielsweise zur Vermeidung von Verkehrsunfällen und zur Gesundheitsausbildung der Betreuerinnen und Betreuer - welche Gesundheitsschädigungen von Kindern vermeiden helfen. Der Kanton Basel-Stadt

und mehrere Organisationen (17, 24) heben in diesem Zusammenhang die Verpflichtung zur präventiven Bekämpfung von Umweltbelastungen hervor.

Recht auf regelmässige Ueberprüfung der von den Behörden angeordneten Behandlung eines kranken Kindes (Art. 25)

Zwei Kantone (ZH, BS) und mehrere Organisationen (12, 21, 24, 34) weisen darauf hin, dass Art. 405a ZGB für den fürsorgerischen Freiheitsentzug nur Kindern über 16 Jahren ein persönliches Recht auf gerichtliche Ueberprüfung eines solchen Entscheides einräumt. Der Kanton Zürich verlangt einen entsprechenden Vorbehalt. Der Kanton Waadt ist der Ansicht, dass eine regelmässige Ueberprüfung nicht nur für den fürsorgerischen Freiheitsentzug, sondern auch für andere, häufigere Fälle von Plazierungen vorgesehen werden sollte.

Recht auf soziale Sicherheit (Art. 26) und angemessenen Lebensstandard (Art. 27)

Zahlreiche Kantone berichten über gesetzliche Grundlagen und getroffene Massnahmen im Bereich von Fürsorge und Sozialhilfe. Mehrere Kantone (ZH, BE, ZG, SG, AG, TI, GE) sind der ausdrücklichen Ansicht, dass ihre kantonalen Ordnungen den Anforderungen des Uebereinkommens entspreche und betonen die Ausrichtung der entsprechenden Politik am Wohle des Kindes.

Das Eidgenössische Versicherungsgericht stellt sich die Frage, ob das Uebereinkommen auch auf ausländische oder staatenlose Kinder anwendbar sei, die sich nur kurzfristig in unserem Land aufhalten. Diese Kinder hätten gemäss Art. 9 Abs. 3 IVG keine sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche und wären in diesem Sinne diskriminiert. Damit wäre allenfalls eine Gesetzesänderung oder ein entsprechender Vorbehalt nötig.

Die SPS und mehrere interessierte Organisationen (1, 14, 18, 32, 45) beklagen das Fehlen einer Mutterschaftsversicherung, die in Ausführung des seit langem gültigen Auftrags der Bundesverfassung den Eltern angemessene Unterstützung in ihrer Aufgabe bieten könnte.

Mehrere Organisationen (1, 18, 24, 26, 27, 28, 29, 32, 34) verlangen im weiteren eine einheitliche Regelung für Kinderzulagen, die dem Existenzbedarf des Kindes Rechnung tragen und unabhängig vom Beschäftigungsgrad der Eltern ausgerichtet werden sollten. Nur mit finanzieller Unterstützung von aussen könne das Recht des Kindes armer Familien, mit seinen Eltern zusammenzuleben, verwirklicht werden.

Recht auf Bildung, Bildungsziele (Art. 28, 29)

Zahlreiche Kantone stellen gesetzliche Grundlagen und Praxis im Bereich von Erziehung und Ausbildung dar. Nach der ausdrücklichen Feststellung mehrerer Kantone (ZH, BE, UR, GL, ZG, SO, BS, BL, SG, AG, TI, NE, GE, JU) entspricht deren Rechtsordnung und Praxis den Anforderungen der Kinderkonvention. Der Kanton Schwyz ist zwar derselben Ansicht, verlangt aber einen Vorbehalt, da kein neues verfassungsmässiges Recht auf Bildung geschaffen werden solle. Der Kanton Graubünden meint, dass die Kinderkonvention eine diesbezügliche Anpassung des kantonalen und eidgenössischen Rechts verlange. Im weite-

ren steht er dem Grundsatz der Unentgeltlichkeit des Mittelschulbereichs (Art. 28 lit. b des Uebereinkommens) ablehnend gegenüber. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren ist der Auffassung, dass das Recht auf Bildung nur auf Bundesebene einige Probleme biete, aber auf kantonaler Ebene praktisch garantiert sei.

Mehrere Kantone (BS, VS, NE, GE) bemerken, dass ihre Grundschuleinrichtungen allen Kindern, unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status ihrer Eltern, offenstehen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und zahlreiche Organisationen (2, 3, 12, 19, 20, 24, 26, 27, 28, 29, 32, 33, 34) betonen, dass das Recht auf Bildung in allen Kantonen für alle Kinder ungeachtet der allfälligen Illegalität ihres Aufenthaltes gelten sollte.

Mehrere Organisationen (1, 17, 18, 25) verlangen Massnahmen zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Mädchen und Jungen in den kantonalen Bildungssystemen.

Einige Stellungnahmen bringen weitere Massnahmen zur Umsetzung des Uebereinkommens zur Sprache, wie der Verzicht auf Zulassungsbeschränkungen zu Hochschulen (2), die Sicherung des Rechts auf Berufsbildung (2, 34), Bekämpfung des Analphabetismus (24, 34), einheitliche Stipendienregelungen (34), die Ueberarbeitung von Unterrichtsinhalten im Lichte der Kinderkonvention (23, 48).

Kulturelle Rechte der Kinder von Minderheiten (Art. 30)

Der Kanton Zug weist darauf hin, dass Kinder von Minderheiten während der normalen Unterrichtszeit Gelegenheit haben, Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur zu besuchen. Mehrere Organisationen (26, 27, 28, 29, 48) bemerken, dass diese Bestimmung die öffentliche Hand zu Massnahmen verpflichte, die den Kindern von Minderheiten die Pflege ihrer Kultur erlauben und ihr Recht auf Andersartigkeit mit einer guten Integration in Einklang bringen.

Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen weist auf die Bedürfnisse der Kinder von Fahrenden hin, denen besser Rechnung getragen werden müsse.

Recht auf Ruhe, Freizeit, Spiel, Erholung und Teilnahme an kulturellen Aktivitäten (Art. 31)

Der Kanton Basel-Stadt, die SPS und einige interessierte Organisationen (17, 25) betonen, dass dieser neue Aspekt als Programm für Gesetzgebung und Rechtsanwendung ernst genommen werden sollte.

Schutz vor Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (Art. 33)

Einige Kantone berichten über Massnahmen, welche sie in diesem Bereich ergriffen haben, und machen geltend, dass die geltenden Schutz- und Präventionsbestimmungen im Bereich des Medikamenten- und Drogenmissbrauchs den allgemeinen Anforderungen der Kinderkonvention entsprechen.

Mehrere Organisationen (15, 17, 18, 26, 27, 28, 29, 31) sind der Ansicht, dass das Ueber-einkommen besondere Anstrengungen im Bereich der allgemeinen Suchtprävention verlan-ge.

Schutz vor sexueller Ausbeutung und Missbrauch (Art. 34)

Einige Organisationen berichten von zahlreichen Fällen sexuellen Missbrauchs von Kindern in der Schweiz (25) und von Drogenprostitution von Minderjährigen (2) und verlangen prä-ventive Massnahmen wie die finanzielle Unterstützung von spezialisierten Organisationen, im Sinne des Berichts einer Arbeitsgruppe des EDI über Kindsmisshandlungen in der Schweiz (26, 27, 28, 29, 48).

Zahlreiche Organisationen (2, 9, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 32 34) fordern zudem konkrete Massnahmen gegen die Kinderprostitution im Ausland, für deren Ausnützung schweizeri-sche Sextouristen und Reiseveranstalter zur Verantwortung gezogen werden sollten.

Schutz vor Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Art. 37)

Der Kanton Jura stellt einen Mangel an genügenden spezialisierten Institutionen für den Freiheitsentzug von Kindern und Jugendlichen fest. Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen verlangt entsprechend genügend Plätze zur Durchführung der im Strafrecht bereits vorgesehenen Massnahmen für straffällige Kinder und Jugendliche.

Der Kanton Waadt weist darauf hin, dass das waadtländische Jugendstrafverfahren im Gegensatz zur Kinderkonvention eine Isolation des Kindes für die Bedürfnisse der Untersu-chung (mise au secret) zulässt und schlägt einen entsprechenden Vorbehalt vor.

Mehrere Kantone (BS, BL, AG) berichten, dass ihre Strafverfahren Kindern unter 15 bzw. 16 Jahren kein persönliches Haftrekursrecht einräumen; allerdings stehe die Rekursmög-lichkeit der gesetzlichen Vertretung des Kindes offen.

Trennung zwischen Kindern und Erwachsenen im Freiheitsentzug (Art. 37 lit. c)

Der Kanton Zürich lehnt eine strikte Trennung zwischen Kindern und Erwachsenen im Freiheitsentzug ab, weil dies nicht wünschbar sei. Der Kanton Bern stellt fest, dass es für eine solche Teilung an geeigneten Instutionen mangle. Der Kanton Basel-Stadt ist der An-sicht, dass die Kinderkonvention Ausnahmen vom Grundsatz der Trennung zwischen Kin-dern und Erwachsenen zulasse. Die kantonale Praxis, die mit beschränkten Kapazitäten um-gehen müsse, sei damit gedeckt. Der Kanton Genf sieht eine entsprechende Trennung in seinem Stravollzugsrecht ausdrücklich vor.

Die SPS und zahlreiche interessierte Organisationen (2, 17, 21, 24, 26, 27, 28, 29, 34, 39, stellen fest, dass die gemäss Kinderkonvention vorgeschriebene Trennung zwischen Kin-dern und Erwachsenen im schweizerischen Stravollzug nicht garantiert ist. Sie befürworten eine entsprechende Aenderung der Gesetzgebung.

Schutz des Kindes in bewaffneten Konflikten, Altersgrenze (Art. 38)

Mehrere Kantone (NW, SO), die LPS und mehrere Organisationen (12, 17, 24, 31, 34, 48) bemängeln die zu tiefe Altersgrenze für den Einzug von Kindern in die Armee und für deren Einsatz in bewaffneten Konflikten. Einige Stellungnahmen verlangen eine entsprechende Erklärung oder einen Vorbehalt der Schweiz anlässlich des Beitritts. Andere fordern ein aktives Tätigwerden der Schweiz zur Anhebung dieser Altersgrenze. Einige interessierte Organisationen (26, 27, 28, 29, 48) möchten eine aktive Interventionspolitik der Schweiz gegenüber Staaten, welche die entsprechenden Bestimmungen der Genfer Konventionen missachten.

Rehabilitationsmassnahmen (Art. 39)

Mehrere Organisationen (2, 19, 48) möchten, dass besondere Rehabilitationsprogramme für Flüchtlingskinder, die Opfer von Folterungen, Misshandlungen oder bewaffneter Konflikte geworden sind, ausgearbeitet werden und ein entsprechendes internationales Rehabilitationszentrum geschaffen wird (2).

Rechte des Kindes im Strafverfahren (Art. 40)

Mehrere Kantone (SZ, GE) verweisen auf die Bestimmungen der EMRK, welche ähnliche Rechte für die Schweiz bereits verbindlich einräume. Der Kanton St. Gallen ist der Ansicht, dass sein revidiertes Jugendstrafverfahren den Anforderungen der Kinderkonvention genüge. Der Kanton Genf berichtet von einer laufenden Revision, die das Jugendstrafverfahren den Anforderungen von Art. 6 EMRK anpassen werde. Der Kanton Obwalden lässt offen, ob allenfalls die kantonale Jugendstrafprozessordnung den Anforderungen der Kinderkonvention angepasst werden müsste, während der Kanton Tessin von der Notwendigkeit einer Anpassung seines Jugendstrafverfahrens überzeugt ist. Der Kanton St. Gallen geht davon aus, dass das revidierte Strafverfahren den Anforderungen der Kinderkonvention zu genügen vermöge.

Recht auf rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand (Art. 40 Abs. 2 lit. b ii)

Zahlreiche Kantone (ZH, BE, ZG, BS, SG, AG, TI) stellen fest, dass ihre Jugendstrafverfahren keinen Anspruch auf rechtlichen Beistand vorsehen. Mehrere Kantone (ZH, BE, SG, AG, TI) erlauben zwar den Beizug eines rechtlichen Beistandes, einen Anspruch auf einen amtlichen Verteidiger gibt es aber nur in qualifizierten Fällen. Mehrere Kantone (ZH, SO, SG, AG) lehnen einen obligatorischen Verteidiger ab und verlangen einen entsprechenden Vorbehalt, da dies nicht dem Interesse des Kindes entspreche. Der Kanton Zug erwägt eine Aenderung des Jugendstrafverfahrens, die einen entsprechenden amtlichen Verteidiger einführen würde. Der Kanton Basel-Stadt verweist auf einen Entscheid des Bundesgerichtes, das bereits den fehlenden Beistand im Ermittlungsverfahren des Jugendstrafprozesses gerügt hatte, und stellt eine Aenderung in Aussicht.

Recht auf unverzügliche Beurteilung durch unabhängiges und unparteiisches Gericht (Art. 40 Abs. 2 lit. b iii)

Zahlreiche Kantone (ZH, BE, SG, AG, TI, VS, NE) räumen ein, dass ihre Jugendstrafverfahren Untersuchungs-, Beistands- und Gerichtsfunktionen in einer Person vereinigen und deshalb dieser Bestimmung der Kinderkonvention - und der entsprechenden Bestimmung der EMRK - nicht genügen. Einige Kantone (ZH, SG, AG, NE) und die Schweizerische Richtervereinigung sind der Ansicht, dass eine Aenderung die mehr erzieherische als strafrechtliche Ausrichtung der Jugendstrafverfahren beeinträchtigt und deshalb nicht wünschbar sei und verlangen einen entsprechenden Vorbehalt.

Der Kanton Glarus zweifelt, ob die schweizerische Rechtswirklichkeit dem Anliegen der Kinderkonvention auf unverzügliche Behandlung genügen kann.

Keine Verpflichtung zur Zeugenaussage (Art. 40 Abs. 2 lit. b iv)

Nach mehreren kantonalen Strafverfahrensordnungen (ZH, BE, BS, BL, GR) ist eine solche Pflicht für Kinder nicht ausgeschlossen. Der Kanton Zürich empfiehlt deshalb einen Vorbehalt. In anderen Kantonen (UR, AG, GE) werden Kinder immer nur als Auskunftspersonen einvernommen. Gemäss Kanton Schwyz wäre die Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Kinder zu überdenken. Der Kanton Neuenburg bezeichnet die polizeiliche Praxis, Minderjährige ihre Geständnisse von Straftaten in den Polizeirapporten unterzeichnen zu lassen, als mit der Kinderkonvention kaum vereinbar.

Unentgeltlicher Dolmetscher (Art. 40 Abs. 2 lit. b vi)

Einige Kantone (BE, BS, BL, NE) stellen fest, dass der Beizug eines Dolmetschers in ihren Jugendstrafverfahren grundsätzlich nicht unentgeltlich ist.

Oeffentlichkeitsarbeit für das Uebereinkommen (Art. 42)

Der Kanton Tessin betont die Notwendigkeit vermehrter Informationsarbeit, damit die Bestimmungen der Kinderkonvention in die Praxis umgesetzt werden.

Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen empfiehlt die Ausarbeitung von Broschüren, die Eltern und Kind auf den Inhalt des Uebereinkommens aufmerksam machen. Mehrere Organisationen (22, 24) fordern eine Verstärkung der Informationsarbeit, um den Kindern ihre Rechte bewusst zu machen. Einige Organisationen (24, 34) empfehlen regelmässige Kontakte zwischen staatlichen Behörden und privaten Organisationen, die sich mit den Anliegen der Kinder beschäftigen, vor allem auch im Hinblick auf die Redaktion der regelmässigen Berichte, welche die Schweiz dem UNO-Ausschuss über die Rechte des Kindes abliefern werden muss.

Staatenberichte über die praktische Umsetzung der Kinderkonvention (Art. 44)

Die SPS betont, dass die Schweiz das schwache Durchsetzungsinstrumentarium, mit dem das Übereinkommen ausgestattet ist, mit der Ablieferung umfassender, wenn nötig auch selbstkritischer Berichte an den UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes stärken könne. Sie legt weiter Wert auf die breite Veröffentlichung des Staatenberichtes, um die Anliegen der Kinderkonvention ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und eine bessere Anwendungskontrolle zu ermöglichen.

Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen verlangt eine Ausweitung der Kompetenzen des UNO-Kontrollausschusses und fordert, dass die Schweiz andere Vertragsstaaten, welche die Rechte des Kindes in schwerwiegender Weise missachten, auf die Verletzung des Übereinkommens hinweist.

5. Zusammenfassende Bemerkungen

Positives Ergebnis der Vernehmlassung: Die schweizerische Rechtsordnung genügt im Grundsatz

Die Kantone äussern sich mit zwei Ausnahmen (Thurgau, Appenzell-Innerrhoden) positiv zum Beitritt der Schweiz zum Übereinkommen. Alle Parteien, die sich vernehmen liessen (FDP, CVP, SPS, SVP, LPS, LdU, Jungliberale), begrüßen diesen Schritt; ebenso die stellungnehmenden Verbände. Die 54 anderen interessierten Organisationen, die sich äusserten, unterstützen mit einer einzigen Ausnahme mit Nachdruck das Vorhaben des Bundesrates.

Praktisch alle Stellungnahmen gehen davon aus, dass die schweizerische Rechtsordnung im Grundsatz den Anliegen des Übereinkommens gerecht wird.

Offene Fragen in einigen Rechtsbereichen

Viele Antworten identifizieren Bereiche, in denen das geltende kantonale oder eidgenössische Recht mit den entsprechenden Bestimmungen des Übereinkommens nicht völlig im Einklang stehe. Wurden Unvereinbarkeiten festgestellt, verlangen einige Stellungnahmen entsprechende Vorbehalte gegenüber dem Übereinkommen, andere fordern die Anpassung des schweizerischen Rechts.

In der Hauptsache sind es folgende Rechtsbereiche, in denen sich laut der eingegangenen Stellungnahmen vor allem Probleme stellen.

- *Diskriminierungsfreie Gewährleistung der Rechte für alle Kinder* (Art. 2 des Übereinkommens): Einige Organisationen bezweifeln, ob die Gleichbehandlung der Kinder ohne Rücksicht auf Geschlecht, Status, nationale und soziale Herkunft in der Schweiz in allen Bereichen garantiert sei.

- *Recht auf Staatsangehörigkeit* (Art. 7): In der Schweiz gibt es auch für staatenlose Kinder keinen Anspruch auf Staatsangehörigkeit.

- *Anspruch auf Kenntnis der Eltern* (Art. 7): Das Adoptionsgeheimnis sowie die Anonymität des Samenspenders bei der künstlichen Insemination könnte allenfalls nicht kompatibel sein.
- *Möglichkeit gerichtlicher Ueberprüfung der Trennung von den Eltern* (Art. 9 Abs. 1): Die schweizerische Rechtsordnung eröffnet diese Möglichkeit nur unvollständig.
- *Gelegenheit zur Meinungsäusserung im Trennungsverfahren* (Art. 9 Abs. 2): Das geltende Ehescheidungsverfahren sieht eine Anhörung des Kindes zur Zuteilung der elterlichen Gewalt nicht vor.
- *Recht auf regelmässige persönliche Beziehungen und Kontakte zu den Eltern* (Art. 9 Abs. 3): Das schweizerische Recht gibt dem Kind keinen ausdrücklichen eigenen Anspruch auf persönliche Beziehungen zu seinen Eltern.
- *Recht auf Familienzusammenführung* (Art. 10): Die meisten Stellungnahmen sind der Auffassung, dass der fehlende Anspruch auf Familiennachzug für bestimmte Kategorien von Ausländerinnen und Ausländern, besonders für Saisoniers, mit der Kinderkonvention nicht vereinbar sei.
- *Pflicht zur Berücksichtigung der Meinung des Kindes* in Angelegenheiten, die es betreffen (Art. 12): Viele Stellungnahmen äussern die Ansicht, dass in den gerichtlichen und administrativen Verfahren noch einiges anzupassen sei.
- *Gemeinsame Verantwortung der Eltern für das Kind* (Art. 18 Abs. 1): Zahlreiche Vernehmlassungsantworten kritisieren die heute noch fehlende Möglichkeit, die elterliche Gewalt auch geschiedenen oder unverheirateten Eltern gemeinsam zuzuerkennen und begrüssen den entsprechenden Revisionsentwurf für das Ehescheidungsrecht.
- *Kinderbetreuungsinstitutionen* (Art. 18): Viele Stellungnahmen machen einen Mangel an solchen Institutionen aus und vermissen ein der Kinderkonvention entsprechendes genügendes Engagement der öffentlichen Hand in diesem Bereich.
- *Schutz des Adoptivkindes* (Art. 21): Die zweijährige Adoptionswartefrist kann sich laut einigen Stellungnahmen sehr negativ auf die Rechtsstellung des schliesslich nicht adoptierten - und deshalb unter Umständen identitäts- und staatenlosen - ausländischen Kindes auswirken. was mit einem gleichwertigen Schutz für ausländische Adoptivkinder nicht zu vereinbaren sei.
- *Recht auf soziale Sicherheit und angemessenen Lebensstandard* (Art. 26, 27): Einige Stellungnahmen weisen auf die fehlende Mutterschaftsversicherung hin und kritisieren, dass die heutigen kantonalen Regelungen für Familien- und Kinderzulagen den Bedürfnissen des Kindes nicht angemessen Rechnung tragen könnten.
- *Trennung zwischen Kindern und Erwachsenen im Freiheitsentzug* (Art. 37 lit.c): Eine solche Trennung gibt es in zahlreichen Kantonen nicht.

- *Rechte des Kindes im Strafverfahren* (Art. 40): Zahlreiche kantonale Jugendstrafverfahren vereinigen Untersuchungs-, Beistands- und Gerichtsfunktionen in einer Person und erfüllen so den Anspruch auf ein unabhängiges Gericht nicht.

Umsetzung der programmatischen Bestimmungen der Kinderkonvention

Im weiteren weisen zahlreiche Antworten darauf hin, dass das Uebereinkommen nicht nur rechtliche Anpassungen in einzelnen Bereichen erfordere, sondern auch eine allgemeine Orientierung der politischen Entscheide an den Anliegen des Uebereinkommens verlange. Einige Kantone bemerken, dass ihre bisherige Politik der Ausrichtung der Kinderkonvention bereits entspreche. Einige Stellungnahmen fordern eine bessere Berücksichtigung der Interessen des Kindes und dessen Ansichten in verschiedenen Politikbereichen wie Erziehung, Gesundheit, Sozialversicherung, Fürsorge, Medien, aber auch in der Raumplanung, im Verkehr und in den aussenpolitischen Beziehungen, besonders in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie schlagen im Sinne einer umfassenden Kinderpolitik eine Reihe von konkreten Massnahmen vor, die den Interessen des Kindes mehr Gewicht verleihen sollten. Dazu regen einige Antworten eine bessere Information der Oeffentlichkeit über die Belange des Kindes und über dessen Rechte an.

Anhang: Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Vernehmlassungsverfahren

Procédure de consultation relative à l'adhésion de la Suisse à la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant du 20 novembre 1989.

Rapport sur les résultats

Sommaire

1. Objet de la procédure de consultation
2. Prises de position communiquées
3. Aperçu des prises de position
4. Observations relatives à certaines dispositions particulières
5. Résumé

Annexe: liste des participants

1. Objet de la procédure de consultation

Le 16 septembre 1992, le Conseil fédéral a confié au Département fédéral des affaires étrangères la tâche de mener une procédure de consultation portant sur l'adhésion de la Suisse à la Convention relative aux droits de l'enfant (ci-après la Convention). Les cantons, les partis, les associations et les autres organisations intéressées ont été appelés à se prononcer, jusqu'au 15 décembre 1992, sur le projet du Conseil fédéral d'adhérer à la Convention. Dans la perspective de la rédaction d'un message, le DFAE a posé les questions suivantes, qui s'adressent en particulier aux cantons:

1. Les lois et ordonnances cantonales en vigueur ainsi que la pratique en la matière sont-elles compatibles avec les exigences de la Convention relative aux droits de l'enfant?
2. Dans quels domaines le droit cantonal doit-il dans tous les cas être adapté?
3. Quelles mesures concrètes votre canton a-t-il déjà adoptées, qui sont compatibles avec les objectifs de la Convention?
4. Où les autorités cantonales compétentes voient-elles, dans leurs domaines de compétence, d'éventuelles difficultés pour rendre effectifs les objectifs de la Convention?

2. Prises de position communiquées

Pendant le délai fixé et jusqu'à fin février 1993, le DFAE a reçu 93 prises de position, dont la liste est annexée à ce rapport sur les résultats de la procédure de consultation (avec les abréviations utilisées ci-après).

Tous les cantons ont pris position sur le projet du Conseil fédéral et sur les questions posées. Le Tribunal fédéral et le Tribunal fédéral des assurances, 7 partis (PRD, PDC, PS, UDC, PLS, Alliance des Indépendants, JLib) et 6 organisations faïtières de l'économie ont également répondu. 52 autres organisations intéressées - parmi lesquelles 3 Commissions fédérales et 2 Conférences suisses des directeurs cantonaux - se sont également prononcées, parfois par des prises de position communes.

3. Aperçu des prises de position

3.1. Méthodologie

La présente analyse des résultats est divisée en deux parties: la première traite les prises de position de principe sur le projet du Conseil fédéral (§ 3), la seconde les principales observations concernant les dispositions particulières de la Convention (§ 4). Les réponses des cantons aux différentes questions posées ont donc été réparties de manière thématique. Le présent résumé ne peut cependant rendre compte que de façon très limitée du grand nombre d'informations et d'opinions exprimées sur les différents problèmes. Le futur message sur l'adhésion de la Suisse à la Convention relative aux droits de l'enfant, en cours d'élaboration, permettra une étude plus approfondie des remarques formulées dans les différents domaines.

3.2. Prises de position de principe sur l'adhésion de la Suisse

3.2.1. Les cantons

24 cantons appuient de manière générale l'adhésion de la Suisse à la Convention. Certains cantons soulignent que l'orientation générale de la Convention, axée sur l'intérêt supérieur de l'enfant et de sa protection, correspond aux principes du droit suisse en la matière et à la pratique y relative. D'autres mettent l'accent sur le fait que l'adhésion est souhaitable en tant que signe de solidarité internationale et qu'elle pourrait contribuer à une meilleure protection et à un meilleur développement de l'enfant aussi bien sur le plan national qu'international. Certains cantons mettent en exergue le fait que la Convention ne traite pas l'enfant uniquement comme un sujet de protection mais qu'elle en fait un véritable sujet de droit capable de prendre des décisions responsables. Les cantons approuvant l'adhésion ne s'attendent à aucune difficulté insurmontable concernant la mise en oeuvre de la Convention dans l'ordre juridique fédéral ou cantonal.

Seuls les cantons de Thurgovie et d'Appenzell Rhôdes-intérieures se sont prononcés contre l'adhésion. Le Canton de Thurgovie fait valoir que l'on a moins besoin de nouvelles normes internationales protégeant les enfants que de mécanismes pour leur mise en oeuvre. Le Canton d'Appenzell Rhôdes-intérieures considère que la ratification de la Convention n'est pas indispensable dans la mesure où la Suisse dispose déjà d'un système de protection des enfants bien développé. Là où la Convention va plus loin que nos standards, elle dépasserait

les objectifs du droit suisse en la matière.

Le Canton de Zurich s'est globalement prononcé en faveur de l'adhésion, mais considère néanmoins que le moment est prématuré; il recommande donc au Conseil fédéral d'éclaircir les questions encore pendantes concernant sa mise en oeuvre en droit suisse et demande aussi une deuxième procédure de consultation pour les mesures à prendre dans le domaine cantonal.

D'autres cantons demandent une ratification aussi rapide que possible (ZG, SH).

3.2.2. Les tribunaux fédéraux

Le Tribunal fédéral ne s'est pas prononcé sur le projet du Conseil fédéral en raison du principe de séparation des pouvoirs. Le Tribunal fédéral des assurances recommande l'adhésion à la Convention.

3.2.3 Les partis politiques et les organisations faïtières de l'économie

Les partis qui se sont prononcés approuvent tous l'adhésion de la Suisse à la Convention. En ce qui concerne les organisations faïtières de l'économie, l'Union syndicale suisse, l'Union centrale des associations patronales suisses et la Fédération des sociétés suisses d'employés se sont prononcées favorablement. L'Union suisse des paysans et l'Union suisse des arts et métiers n'ont pas pris position car elles ne seraient pas directement concernées par la Convention.

Plusieurs partis sont d'avis que la Suisse remplit déjà largement les objectifs de la Convention. Une adhésion serait avant tout un signe de solidarité internationale, en vue d'une meilleure protection juridique et d'une meilleure promotion du statut de l'enfant sur le plan international et national. Selon le PS et l'Union syndicale suisse, la Convention sur les droits de l'enfant représente une revalorisation du point de vue de l'enfant. Le PLS soutient au contraire que la formulation de la Convention laisse parfois à désirer et que la portée et le contenu des droits de l'enfant ne sont pas toujours clairement déterminables.

Le PDC, le PRD, le PSS et les Jeunesses libérales suisses tiennent beaucoup à une ratification rapide.

3.2.4 Les autres organisations intéressées.

Les autres organisations intéressées approuvent l'adhésion pratiquement à l'unisson, la plupart d'entre-elles insistent pour que cette question soit traitée rapidement par le Conseil fédéral. Seule l'organisation Sentinelles - sous la direction d'Edmond Kaiser, fondateur de Terre des Hommes - rejette l'adhésion à la Convention, au motif que la protection des droits de l'enfant qu'elle institue ne va pas assez loin et que la prise en compte des intérêts propres de l'enfant est trop limitée.

Plusieurs organisations saluent avant tout l'idée de base de la Convention, selon laquelle l'enfant doit être pris au sérieux en tant que personnalité juridique propre, intégré dans un environnement social déterminé.

3.3 Nécessité d'adaptation des droits cantonaux et réserves à la Convention

3.3.1. Les cantons

La plupart des cantons constatent, de manière plus ou moins expresse, que le droit suisse ainsi que la pratique correspondante sont globalement conformes aux lignes directrices de la Convention. Plusieurs cantons (NW, FR, AR, AG, JU) sont d'avis que leur ordre juridique ne nécessite aucune adaptation.

La plupart des cantons ont signalé quelques domaines dans lesquels des incompatibilités existent entre le droit fédéral ou cantonal et la Convention, certains ont constaté des cas concrets pour lesquels des adaptations du droit fédéral ou cantonal seraient nécessaires (cf. § 4 pour les détails). De manière générale, plusieurs cantons font remarquer que, de par leurs formulations souvent vagues, les dispositions de la Convention ne sont pas toujours suffisamment claires pour pouvoir déterminer, de façon certaine, leur impact sur le droit fédéral ou cantonal.

Certains cantons (BE, ZG, GE, JU) approuvent une adhésion sans réserve, tandis que d'autres (ZH, SZ, GL, SG, AG) se prononcent expressément pour la formulation de certaines réserves afin que les dispositions fédérales ou cantonales en contradiction avec la Convention n'aient pas à être modifiées.

3.3.2 Les tribunaux fédéraux

Le Tribunal fédéral attire l'attention sur les incompatibilités entre le droit suisse et la Convention dans le domaine du droit procédural. Le Tribunal fédéral des assurances fait état des incompatibilités dans le domaine de la sécurité sociale.

3.3.3 Les partis politiques et les organisations faïtières de l'économie

Plusieurs partis et quelques organisations constatent également que le droit suisse est, de manière générale, conforme aux exigences de la Convention. Ils identifient cependant certains domaines nécessitant des adaptations (cf. § 4).

L'Alliance des Indépendants considère la Convention avant tout comme une déclaration d'intentions qui ne fixe pour la Suisse aucun standard minimum irréalisable.

L'UDC se prononce en principe contre la formulation de réserves, celles-ci pouvant porter préjudice à l'image de la Suisse au niveau international. En outre et dans la mesure où les normes de la Convention ne sont pas directement applicables, la Suisse a le temps d'adapter son droit. Le PRD ne se prononce pas directement sur la question des réserves mais en propose sur certains points particuliers. Le PS approuve une ratification sans réserves et demande les modifications correspondantes du droit suisse dans les domaines où il n'est pas compatible avec la Convention. Selon le PLS la formulation de réserves tenant compte de l'état actuel de la législation sera vraisemblablement nécessaire. Les Jeunes libéraux demandent, pour leur part, une ratification sans réserves.

3.3.4. Les autres organisations intéressées.

Une majorité d'organisations intéressées relève également que le droit suisse réalise déjà dans de nombreux domaines les droits de l'enfant énoncés par la Convention. Plusieurs organisations constatent cependant la nécessité d'adapter la législation sur plusieurs points (cf. §4 pour les détails). La Commission fédérale pour la jeunesse réclame une référence explicite aux droits de l'enfant dans la constitution fédérale et dans la législation suisse, qui actuellement ne prennent qu'implicitement en compte les objectifs de la Convention.

La grande majorité des organisations (1, 2, 3, 6, 8, 9, 10, 11, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 32, 33, 34, 35, 38, 39, 42, 48, 49, 53) réclame en outre une ratification sans réserves.

3.4 Mesures pour la mise en oeuvre des dispositions à caractère de programme de la Convention

3.4.1. Les cantons

Plusieurs cantons constatent que leurs autorités poursuivent déjà une politique tenant compte des dispositions à caractère de programme de la Convention. La reproduction des mesures particulières signalées par les cantons, déjà prises ou prévues, dépasse assurément le cadre du présent résumé.

Certains cantons ne s'attendent à aucune difficulté particulière concernant la mise en oeuvre des dispositions programmes de la Convention. Quelques cantons mettent en avant la nécessité d'un engagement permanent, conformément à l'esprit de la Convention, et soulignent que l'essentiel n'est pas tant de créer de nouvelles normes mais bien plutôt d'appliquer et de mettre en oeuvre les normes existantes.

Plusieurs cantons attirent l'attention sur le fait que les moyens financiers à disposition pour la réalisation des objectifs programmatoires de la Convention sont limités.

Le Canton du Jura est favorable à l'institution d'un Ombudsman pour les enfants, auquel pourraient s'adresser les enfants ayant des difficultés scolaires ou familiales.

3.4.2. Les partis et les organisations

Le PDC souligne la nécessité d'adopter des mesures pour le soutien de la famille, qui est, d'après la Convention, fondamentale pour le développement de l'enfant. Le PS souligne que la Suisse devra prendre certaines mesures juridiques et politiques pour remplir les exigences et les dispositions programmatoires de la Convention. Pour le PSS et l'Union syndicale suisse, l'adhésion implique que la Suisse prenne mieux en compte les intérêts de l'enfant dans ses relations internationales, y

compris les relations économiques et la coopération au développement. Le PLS constate que la Convention n'établit pas que des droits individuels mais prescrit également des mesures constitutives d'une politique globale en faveur de l'enfant.

3.4.3 Les autres organisations intéressées

De nombreuses organisations (17, 20, 26, 27, 28, 29, 31) soulignent de manière générale la nécessité de tenir compte des objectifs de la Convention dans la vie quotidienne et d'adopter des mesures concrètes pour l'application pratique de ses dispositions. Ces propositions sont multiples. L'accent a surtout été mis sur les points suivants:

- Importance de mesures préventives pour la protection de l'enfant
- Soutien accru aux organisations représentant les intérêts de l'enfant (33)
- Elaboration d'un programme de mesures par la Confédération (17)
- Création d'un Ombudsman ou d'une Commission pour les enfants pouvant représenter les intérêts de l'enfant dans la société et dans l'administration (25)
- Introduction d'un contrôle de compatibilité des décisions administratives avec les intérêts de l'enfant
- Organisation d'une conférence nationale réunissant les institutions publiques et privées, pour discuter et élaborer des mesures (2)
- Orientation de la politique étrangère (politique économique et coopération au développement) en fonction des besoins de l'enfant (2, 20, 24, 31, 33, 34).

4. Observations relatives aux dispositions de la Convention

Les domaines suivants ont été abordés en particulier:

Définition de "l'enfant": limite d'âge; 18 ans (art.1)

Certains cantons se sont prononcés sur la question de savoir si les différentes limites d'âge administratives (par ex. limitations d'entrée dans les salons de jeux, dans les cinémas., les discothèques, interdiction de la vente d'alcool) et pénales, ainsi que les différentes limites d'âge pour faire valoir ses droits, satisfont aux exigences de la Convention. La majorité des cantons arrive à la conclusion que les dispositions en vigueur accordent à l'enfant une autonomie suffisamment grande compte tenu de sa maturité. Certaines organisations attirent également l'attention sur les différentes limites d'âge cantonales et fédérales, dont la compatibilité avec les objectifs de la Convention peut être parfois mise en doute.

Non discrimination dans la jouissance des droits garantis à tous les enfants, (art. 2)

De nombreuses organisations intéressées doutent que l'actuelle législation satisfasse à ce droit. Les domaines suivants sont particulièrement contestés:

- Discrimination en raison du sexe: plusieurs organisations demandent des mesures actives pour la mise en oeuvre du principe de l'égalité des sexes, qui n'est toujours pas réalisée dans le domaine de l'éducation par exemple (1, 2, 17, 24, 25, 33).

- Discrimination en raison de la situation juridique: plusieurs organisations font remarquer que l'enfant de parents non mariés ne jouit pas toujours d'un traitement égal (1, 4, 17).
- Discrimination en raison de l'origine nationale, sociale ou ethnique: certaines organisations (19, 25, 26, 27, 28, 29, 34, 37, 48) réclament l'adoption de mesures favorisant l'égalité des enfants de nationalité étrangère et l'amélioration des chances des enfants issus de familles pauvres ou appartenant à des minorités culturelles.

Orientation de toutes les mesures en fonction de l'intérêt supérieur de l'enfant (art.3)

Certaines prises de position relèvent que l'intérêt supérieur de l'enfant est aujourd'hui déjà un principe directeur du droit suisse, mais que sa mise en oeuvre nécessite des efforts supplémentaires dans certains domaines:

- Plusieurs organisations intéressées (19, 24, 31, 32, 34) réclament une meilleure prise en considération de ce principe en tant que ligne directrice de la politique globale de l'Etat ou dans certains domaines déterminés (par exemple: l'aménagement du territoire, la protection de l'environnement, l'accueil et l'intégration des étrangers, l'octroi de l'asile et l'assistance aux requérants d'asile).
- Plusieurs organisations (1, 37) se demandent si les autorités de tutelle satisfont aux exigences de la Convention et souhaitent une professionnalisation et une meilleure formation de ces autorités.
- Une organisation (2) réclame que ce principe soit expressément inscrit dans les futures révisions législatives.

Droits et devoirs des parents (art. 5)

Plusieurs partis (UDC, PDC, PSS) et de nombreuses organisations (9, 13, 15, 24, 26, 27, 28, 29, 31, 34, 37) soulignent l'importance de la famille pour le développement de l'enfant, qui ressort aussi bien de la Convention que du droit suisse. De nombreuses prises de position demandent l'adoption de mesures pour le soutien de la famille dans sa responsabilité envers l'enfant.

Le PDC, le PS et plusieurs autres organisations intéressées (14, 17, 18, 26, 27, 28, 29) attirent l'attention sur le fait que la famille doit être soutenue et protégée dans toutes les formes qu'elle revêt aujourd'hui.

Droit à la vie, protection de l'enfant avant et après la naissance (Préambule § 9, art.6)

La formulation contradictoire de ces deux dispositions conduit le canton de Zurich à poser la question de savoir si la Convention protège l'enfant également avant sa naissance - une question à laquelle la Conférence des évêques suisses répond expressément par l'affirmative. Plusieurs organisations (14, 45, 46, 47, 51, 52) mettent en garde contre une interprétation de ces dispositions qui permettrait une politique d'avortement restrictive. Quelques organisations réclament que le

message du Conseil fédéral précise cette question (46, 51, 52) ou se demandent si une réserve sur ce point ne serait pas nécessaire (14,47).

Droit à la nationalité (art.7)

Un canton (GL), deux partis (PSS, PLS) et de nombreuses organisations (2, 19, 21, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 32, 34, 39, 48) constatent que la législation suisse sur la nationalité ne connaît pas ce droit et que les autorités fédérales doivent donc revoir leur réglementation relative aux enfants réfugiés apatrides et aux enfants adoptifs étrangers. Le canton de Schwyz et le PRD réclament la formulation d'une réserve, car le principe de l'acquisition de la nationalité suisse par filiation ou naturalisation devrait être maintenu.

Droit de connaître ses parents (art.7)

Plusieurs cantons (ZH, SO) soulèvent le problème de l'anonymat du donneur dans les inséminations artificielles et les fécondations in-vitro. Le canton de Zurich se prononce en faveur d'une réserve de la Suisse à cet égard. Selon le PRD la formulation limitative de la disposition conventionnelle permettrait une application souple pour les cas d'inséminations hétérologues.

Deux partis (PSS, PLS) et plusieurs organisations (12, 24, 31, 29, 34) constatent qu'outre la question de l'anonymat du donneur, le secret de l'adoption (art.268 b du CC), qui protège l'anonymat des parents biologiques de l'enfant adopté, n'est pas conforme aux exigences de la Convention.

Révision judiciaire de la séparation de l'enfant d'avec ses parents (art.9 al.1)

Certains cantons (ZH, BE, SO, BL, SG) et le Tribunal fédéral font remarquer que la Convention exige également une révision judiciaire du retrait de l'autorité parentale. Dans le droit cantonal, en application des art. 314 et 314a du Code civil, seuls le retrait de l'autorité parentale et le placement de l'enfant dans une institution peuvent faire l'objet d'une révision judiciaire. Tel n'est en revanche pas le cas du retrait de l'autorité parentale sous la forme d'un placement. Quelques cantons (ZH, SG) recommandent donc la formulation d'une réserve, fusse à titre provisoire. Le Tribunal fédéral attire l'attention sur le fait que l'art.6.1 de la CEDH requiert déjà une protection juridique similaire, et le canton de Soleure cite en ce sens un arrêt du Tribunal fédéral, du 17 décembre 1992.

D'autres cantons (BS, AG, GE), prévoient déjà à l'heure actuelle la révision judiciaire des décisions de retrait de l'autorité parentale.

Possibilité pour toutes les parties à la procédure divorce de faire connaître

leurs vues (art. 9 § 2)

De nombreux cantons (ZH, LU, SO, BS, SG, AG, VS, NE, JU) font remarquer que l'audition de l'enfant dans la procédure de divorce, lors de l'attribution de la garde parentale, n'est pas ancrée dans la loi; elle ne sera introduite que par l'imminente révision des dispositions correspondantes du code civil (art.147 §2 du projet). Une telle audition fait également défaut dans les procédures cantonales (à l'exception de NE) même si elle est en partie pratiquée (UR, GE). Dans le canton de Neuchâtel le droit d'être entendu est expressément garanti. Le canton de St Gall recommande la formulation d'une réserve.

Deux partis (PSS, PLS) et plusieurs organisations (1, 2, 18, 25) constatent la non conformité du droit suisse avec cette disposition et réclament l'ancrage dans la loi du droit d'être entendu dans les procédures qui conduisent à la séparation des parents ou des parents et de l'enfant.

Droit d'entretenir régulièrement des relations et des contacts personnels (art.9 § 3)

Deux cantons attirent l'attention sur le fait que le droit suisse ne connaît pas ce droit. Le canton de Genève préconise une adaptation du droit fédéral, tandis que le canton de Zurich envisage la formulation d'une réserve.

Le PSS et le PLS font aussi remarquer que le droit suisse prévoit uniquement un droit des parents d'entretenir des relations personnelles (art.273 du code civil) mais qu'un tel droit n'est pas reconnu à l'enfant. Plusieurs organisations (14, 18, 24, 31, 34, 35, 45) souhaitent une modification correspondante de la loi.

Réunification familiale (art. 10)

Certains cantons (ZH, GL, BS, AG), plusieurs partis (UDC, PDC, PRD, PSS LPS) et des organisations faïtières (Union centrale des association patronales, USS) ainsi que de très nombreuses organisations (2, 3, 8, 9, 10, 11, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 24, 26, 27, 28, 29, 33, 34, 43, 48, 49) font remarquer que la législation fédérale sur les étrangers exclut du droit au regroupement familial les saisonniers, les travailleurs de courte durée et les personnes admises à titre provisoire et que par conséquent, elle n'est pas en conformité avec cette disposition de la Convention. Deux cantons (ZH, SZ), deux partis (PDC, PRD) et la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sociales recommandent une réserve sur ce point. Le PDC demande une abolition progressive du statut de saisonnier, afin que la réserve puisse être retirée. D'autres cantons (TI, VD, JU), le PSS et l'Union syndicale suisse, ainsi que pratiquement toutes les organisations intéressées qui se sont prononcées sur ce sujet, réclament une modification du droit fédéral.

Pour deux cantons (OW, VD), il n'est pas possible de donner une réponse définitive à la question de savoir si la pratique actuelle en matière de regroupement familial des étrangers est compatible avec la Convention. L'Union suisse du

commerce et de l'industrie est d'avis que la législation suisse sur les étrangers est compatible avec la Convention dans la mesure où celle-ci ne stipule pas un droit absolu à la réunification familiale mais seulement une obligation de traiter les demandes avec bienveillance. Elle relève en outre que les relations personnelles régulières entre les parents et les enfants sont également possibles dans le cadre des visites touristiques, c'est à dire sans séjour prolongé de l'enfant en Suisse.

L'Union suisse du commerce et de l'industrie réclame par conséquent la formulation d'une réserve interprétative, selon laquelle la Suisse estime que son actuelle politique de réunification familiale est compatible avec la Convention.

Le PSS, l'Union syndicale suisse et la Commission fédérale pour les problèmes des étrangers critiquent en outre la pratique selon laquelle la réunification familiale est soumise, aussi pour d'autres catégories d'étrangers, à différentes conditions (logement "convenable" par ex.), qui la rend souvent irréalisable et conduit au séjour illégal d'enfants (les enfants "cachés"). Plusieurs organisations (19, 24, 34) réclament une considération prioritaire du droit à la vie familiale commune, lors de toutes les décisions relatives à l'entrée, au séjour et au renvoi des étrangers.

Lutte contre les déplacements illicites d'enfants à l'étranger (art.11)

De l'avis du canton de Zurich, cette disposition correspond aux objectifs de la Confédération. Selon le PSS, bien que des dispositions pour la protection contre le rapt d'enfants, les adoptions illicites et le trafic d'enfants existent, leur application n'est pas toujours assurée. Le PSS et plusieurs organisations (2, 17, 26, 27, 28, 29) demandent que les efforts en faveur de l'adoption d'une convention internationale pour la protection contre les déplacements forcés soient renforcés et que les parents victimes de tels actes soient soutenus.

Liberté d'expression, devoir de prendre en considération l'opinion de l'enfant (art.12)

De l'avis de deux cantons (ZH; VD), toutes les procédures pertinentes ne prennent pas en compte l'opinion de l'enfant. Le canton de Vaud, le PSS et de nombreuses organisations (2, 8, 9, 10, 17, 20, 21, 22, 24, 34, 39) demandent à cet égard l'introduction au bénéfice des enfants du droit d'être entendu dans toutes les procédures administratives ou judiciaires qui les concernent.

Deux cantons (SG; GL) estiment qu'une amélioration de la situation serait possible par une interprétation conforme de la convention, sans modification de la procédure actuelle. D'autres cantons (GL, BS) sont d'avis que la pratique de leurs autorités administratives et judiciaires correspond déjà à cette disposition, même si elle n'est pas, ou seulement en partie (BS), inscrite dans la loi. Le Canton d'Argovie estime que cette disposition doit être entendue au sens d'audition judiciaire conformément à l'art 4 de la Constitution et ne doit pas être interprétée comme faisant obligation au juge d'entendre personnellement l'enfant.

Le PSS attire l'attention, à cet égard, sur l'exclusion globale pour les enfants les plus jeunes de la possibilité de faire valoir personnellement leurs droits; tel est le cas, par exemple, en ce qui concerne les recours relatifs à des mesures privatives de liberté à des fins d'assistance. Deux organisations (24, 34) soulignent que l'opinion d'un enfant de moins de 14 ans devrait également être prise au sérieux, lorsqu'il s'agit de problèmes particuliers le concernant directement. L'Union suisse des associations de parents fait valoir que l'audition des enfants lors des procédures judiciaires et administratives devrait être menée par des personnes compétentes en la matière. A ce propos, de nombreuses organisations (25, 26, 27, 28, 29) attirent l'attention sur la nécessité d'une représentation adéquate par un adulte, lorsque les enfants ne peuvent pas faire valoir directement leurs droits et qu'ils ne peuvent s'exprimer personnellement, ceci même dans leurs rapports avec leur entourage immédiat.

Pour de nombreuses organisations intéressées (2, 24, 25), cette disposition implique un droit de participation au sein de l'école.

Liberté de pensée, de conscience et de religion (art.17)

Le canton de Soleure s'interroge sur le point de savoir si cette disposition est compatible avec l'art.49 § 3 de la constitution (liberté de religion limitée jusqu'à l'âge de 16 ans). Amnesty International répond par la négative et demande une modification de l'art.49 § 3.

Le PSS constate que la CEDH protège mieux la liberté de religion que la Convention. Le PLS et diverses organisations (24, 34) se plaignent de la formulation restrictive du droit à la liberté de religion, par rapport aux normes de droit international en vigueur. Ces deux organisations souhaitent que la Suisse émette une réserve à l'égard de cette formulation restrictive.

Accès à l'information et protection contre les informations des mass médias (art.17)

Certaines prises de position soulignent l'importance des médias pour le développement de l'enfant. Le PSS et certaines organisations (17, 26, 27, 28, 29, 31) demandent une meilleure protection de l'enfant contre un excès d'informations ou contre le contenu de ces informations, qui peuvent porter atteinte à l'intérêt de l'enfant. Certaines d'entre elles exigent un engagement accru de la Confédération dans la réalisation de programmes qui véhiculent les valeurs fondamentales de notre société.

L'Union centrale des associations patronales suisses souhaite une réserve qui établisse clairement que seuls les enfants des minorités indigènes pourront bénéficier de programmes spéciaux.

Responsabilité conjointe des parents pour l'enfant (art.18§ 1)

Certains cantons (ZH, BS, GE), deux partis (UDC, PLS) et de nombreuses organisations (12, 14, 18, 22, 24, 31, 34, 45) constatent que le droit en vigueur ne prévoit aucune possibilité de responsabilité conjointe envers l'enfant pour les parents divorcés ou non mariés, et que cette disposition de la Convention n'est donc pas respectée. Un canton (SO) se demande si cette disposition exige réellement l'exercice conjoint de l'autorité parentale pour les parents non mariés ou divorcés. Le canton de Zurich envisage la formulation d'une réserve. Le canton de Genève, le PLS et certaines organisations (14, 24, 34) appuient la révision prévue du droit du divorce; mais ces trois organisations soulignent que celle-ci n'apportera aucune modification à la situation des enfants de parents non mariés.

L'office suisse d'aide aux réfugiés observe que cette disposition interdit également une application restrictive du droit au regroupement familial.

Mise en place d'institutions chargées de veiller au bien-être des enfants (institutions de garde) (art.18 § 2 et 3)

Plusieurs cantons se demandent si l'on peut déduire de cette disposition une obligation leur incombant de créer des institutions de garde pour les enfants. Dans l'affirmative, certains cantons (ZH, SZ, SG) et l'Union centrale des associations patronales réclament la formulation d'une réserve. D'autres cantons (BE, NW, GL, SO, GR) constatent qu'un droit à des services de garde n'existe pas dans le droit cantonal. Quelques cantons (ZG, VD) envisagent un examen, dans l'esprit de la Convention, des dispositions correspondantes.

Trois partis (UDC, PSS, LS) constatent que le droit suisse ne satisfait pas aux exigences de la Convention. De nombreuses autres organisations (1, 14, 17, 18, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 42, 45) se plaignent d'un manque dramatique d'institutions de garde et renvoient au rapport de la Commission fédérale pour les questions féminines, qui a montré la nécessité d'intervenir concrètement dans ce domaine.

La Commission fédérale pour les questions féminines a en outre fait valoir que le soutien aux parents exerçant une profession, nécessite aussi une réglementation concernant les congés de parents salariés lorsque leur enfant est malade.

Le canton d'Appenzell Rhodes-extérieures fait état d'efforts visant à introduire des prestations limitées dans le temps en faveur des parents d'enfants en bas âge, afin d'éviter que ces derniers ne puissent s'occuper de leurs enfants pour des raisons financières.

Protection contre la violence, les mauvais traitements et l'exploitation au sein de la famille (art. 19)

Le PSS, le PLS et de nombreuses organisations intéressées (1, 2, 17, 18, 24, 26, 27, 28, 29, 31, 34, 39, 42) attirent l'attention sur le fait que malgré les sanctions pénales prévues, de nombreux enfants sont victimes de sévices. Ils exigent l'adoption de mesures préventives, dans le sens des recommandations récemment

publiées par un groupe de travail du DFI.

Plusieurs cantons (AG, TI) renvoient à la nouvelle loi sur l'aide aux victimes d'infractions, qui permet de satisfaire aux dispositions de la Convention. Une organisation (35) exige un soutien accru de la part de la Confédération dans l'application par les cantons de la loi sur l'aide aux victimes.

Protection de l'enfant adoptif, égalité de traitement pour les enfants adoptifs étrangers (art.21)

Plusieurs cantons constatent la conformité de principe du droit fédéral et cantonal avec les objectifs de la Convention.

Plusieurs cantons (ZH, VD, JU) ainsi que le PSS et plusieurs organisations intéressées (24, 34) font valoir qu'en Suisse le droit à l'égalité de traitement entre enfants adoptifs étrangers et indigènes n'est pas garanti. Les prises de position allèguent surtout que le délai d'attente de deux ans, que l'enfant adoptif doit passer en tant que pupille chez ses futurs parents adoptifs, peut être lourd de conséquences pour la situation d'un enfant étranger. Si, à l'épuisement du délai, l'adoption n'a pas lieu, celui-ci est dans une situation inégale par rapport à l'enfant suisse: il est, dans certaines circonstances, apatride, sans identité et sans protection sociale dans la mesure où ses relations avec ses parents biologiques ont été rompues. Le canton du Vaud réclame l'adaptation du droit fédéral. Le canton de Zurich signale une contradiction entre l'obligation d'égalité de traitement et le droit international privé (art 78 §2 LDIP) qui stipule que les effets de l'adoption doivent être appréciés selon le droit de l'Etat dans lequel l'adoption a été effectuée.

Le PSS et de nombreuses organisations intéressées (24, 32, 34) demandent, en outre, une attention accrue de la part des cantons lors de l'examen de la validité de l'adoption d'enfants étrangers, afin d'empêcher le trafic d'enfants.

Le canton de Vaud et les organisations qui se sont prononcées sur ce point souhaitent que les autorités fédérales s'engagent davantage, au niveau international, dans la lutte contre le trafic d'enfants adoptifs.

Protection et mesures en faveur des enfants réfugiés (art. 22)

Le PSS et diverses organisations intéressées (2,19,21) réclament une prise en considération accrue de l'intérêt de l'enfant lors des décisions d'octroi d'asile ou de renvoi ainsi que davantage d'efforts en faveur d'une assistance particulière pour les enfants réfugiés non accompagnés. L'Office suisse d'aide aux réfugiés remarque que le droit individuel, pour un enfant capable de discernement, de déposer sa propre demande d'asile, est trop peu pris en compte dans la procédure d'asile.

Finalement, le PSS demande un renforcement de l'engagement suisse auprès du HCR dans ce domaine.

Protection et promotion des enfants handicapés (art. 23)

Plusieurs cantons (ZG, AG) font valoir qu'ils prennent déjà cet objectif en compte. D'autres cantons (AG) et des organisations intéressées (2, 48) soulignent la nécessité d'adopter de nouvelles mesures de promotion.

Droit à la santé (art.24)

De nombreux cantons font état de divers efforts entrepris dans ce domaine. Certains (ZH, BE, GL, SO, BS, AG, TI, NE, GE), estiment que leurs efforts dans ce domaine correspondent à la Convention. Plusieurs organisations (21, 31, 34, 42, 50) réclament davantage de mesures préventives - pour éviter, par exemple, les accidents de la route ou visant à améliorer la formation du personnel éducatif dans le domaine de la santé - qui peuvent permettre d'éviter les atteintes à la santé de l'enfant. Le Canton de Bâle-Ville et plusieurs organisations (17, 24) mettent l'accent, dans ce contexte, sur l'obligation de lutter de manière préventive contre les dommages à l'environnement.

Droit à un examen périodique du traitement, décidé par les autorités, d'un enfant malade (art.25)

Deux cantons (ZH, BS) et plusieurs organisations (12, 21, 24, 34) attirent l'attention sur le fait que l'art 405a du Code civil organise uniquement pour les enfants de plus de 16 ans un droit personnel à la révision judiciaire d'une décision de privation de liberté à des fins d'assistance. Le canton de Zurich réclame par conséquent la formulation d'une réserve sur ce point. Le canton de Vaud est d'avis qu'un examen périodique devrait être prévu non seulement pour les privations de liberté à des fins d'assistance mais aussi pour d'autres formes de placement, plus fréquentes.

Droit à la sécurité sociale (art 26) et à un niveau de vie suffisant (art.27)

De nombreux cantons font état des dispositions législatives et des mesures prises dans le domaine de l'assistance sociale et de la sécurité sociale. Plusieurs d'entre eux (ZH, BE, ZG, SG, AG, TI, GE) sont d'avis que leur droit satisfait aux exigences de la Convention et soulignent le fait que leur politique s'oriente en fonction de l'intérêt supérieur de l'enfant.

Le Tribunal fédéral des assurances s'interroge sur le point de savoir si la Convention est également applicable aux enfants étrangers ou apatrides qui ne séjournent que peu de temps dans notre pays. Selon l'article 9 §3 LAI, ces enfants ne bénéficient d'aucune sécurité sociale et seraient alors discriminés. Une modification législative ou une réserve serait alors nécessaire.

Le PSS et de nombreuses organisations intéressées (1, 14, 18, 32, 45) déplorent l'absence d'une assurance maternité qui, conformément au mandat constitutionnel, pourrait constituer une aide appréciable pour les parents dans l'accomplissement de leur tâche.

Plusieurs organisations (1, 18, 24, 26, 27, 28, 29, 32, 34) réclament une

réglementation uniforme des allocations familiales, qui prenne en compte les besoins des enfants et serait applicable indépendamment du degré d'activité des parents. Pour un enfant de famille pauvre, le droit de vivre avec sa famille ne peut se réaliser qu'avec un soutien financier extérieur.

Droit à l'éducation, objectifs de l'éducation (art.28, 29)

De nombreux cantons font état de leurs dispositions législatives ainsi que de la pratique dans le domaine de l'éducation. D'après les remarques de plusieurs cantons (ZH, BE, UR, GL, ZG, SO, BS, BL, SG, AG, TI, NE, GE, JU), ce droit et cette pratique satisfont aux exigences de la Convention. Le canton de Schwyz partage cette opinion mais demande néanmoins une réserve pour éviter la création d'un nouveau droit constitutionnel à l'éducation. Le canton des Grisons estime que la Convention exige une adaptation du droit cantonal et fédéral. De plus, ce canton s'oppose au principe de l'école secondaire gratuite (art.28 lit. b de la Convention). La Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique est d'avis que le droit à l'éducation ne pose quelques problèmes qu'au niveau fédéral, mais qu'il est garanti dans la pratique au niveau cantonal.

Plusieurs cantons (BS; VS; NE; GE) font remarquer que leurs écoles primaires sont ouvertes à tout enfant, indépendamment du statut juridique des parents. L'Union syndicale suisse et de nombreuses organisations (2, 3, 12, 19, 20, 24, 26, 27, 28, 29, 32, 33, 34) soulignent que le droit à l'éducation devrait, dans tous les cantons, valoir pour tous les enfants, sans considération de l'éventuelle illégalité de leur séjour.

Plusieurs organisations (1, 17, 18, 25) demandent l'adoption de mesures visant à la concrétisation du droit à l'égalité des chances entre filles et garçons dans le système éducatif cantonal.

Certaines prises de position proposent d'autres mesures pour la mise en oeuvre de la Convention, comme l'abandon des limitations d'accès aux hautes écoles (2), l'assurance d'un droit à la formation professionnelle (2, 34), la lutte contre l'analphabétisme (24, 34), une réglementation uniforme pour l'octroi des bourses (34), l'élaboration des programmes scolaires à la lumière de la Convention (23, 48).

Droits culturels des enfants appartenant à des minorités (art.30)

Le canton de Zoug attire l'attention sur le fait que les enfants ont la possibilité, durant les heures d'école, de suivre des cours dans leur langue et culture maternelle. Plusieurs organisations (26, 27, 28, 29, 48) font remarquer que cette disposition oblige à prendre des mesures qui permettent aux enfants des minorités de maintenir leur culture et de concilier le droit à la différence avec une bonne intégration.

La Commission fédérale pour les questions de la jeunesse attire l'attention sur la situation des enfants de la route, dont les besoins devraient être mieux pris en

considération.

Droit au repos, aux loisirs, au jeu et droit de participer à la vie culturelle (art.31)

Le canton de Bâle-Ville, le PSS et certaines organisations intéressées (17, 25) soulignent que cet aspect devrait être pris au sérieux en tant que programme législatif et dans l'application des lois.

Protection contre la drogue et les substances psychotropes (art.33)

Certains cantons font état des mesures adoptées dans ce domaine et font valoir que les dispositions en vigueur sur la prévention et la protection contre l'abus de médicaments et de drogues satisfont de manière générale aux exigences de la convention.

Plusieurs organisations (15, 17, 18, 26, 29, 31) sont d'avis que la convention requiert des efforts particuliers dans le domaine de la prévention contre la drogue en général.

Protection contre l'exploitation et la violence sexuelle (art.34)

Quelques organisations font état des nombreux cas de violences sexuelles commises sur des enfants en Suisse (25), ainsi que du problème de la prostitution de mineurs liée à la drogue (2). Elles demandent l'adoption de mesures préventives, comme le soutien financier aux organisations spécialisées, conformément au rapport du groupe de travail du DFI sur l'enfance maltraitée en Suisse (26, 27, 28, 29, 48).

De nombreuses organisations (2, 9, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 32, 34) exigent l'adoption de mesures concrètes contre la prostitution des enfants à l'étranger, de même que la répression du recours à cette prostitution par les touristes et les voyagistes suisses.

Protection contre la torture et les peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants (art.37)

Le canton du Jura constate un manque d'institutions spécialisées pour la privation de liberté d'enfants ou d'adolescents. La Commission fédérale pour la jeunesse demande des places en nombre suffisant pour la mise en oeuvre des mesures de droit pénal pour les jeunes et les enfants.

Le canton de Vaud souligne que la procédure pénale vaudoise est contraire à la Convention puisqu'elle autorise la mise au secret d'enfants pour les besoins de l'enquête, et propose donc la formulation d'une réserve.

Plusieurs cantons (BS, BL, AG) font état du fait que leur procédure pénale ne

contient pas un droit personnel de recours pour les enfants de moins de 15 ou respectivement de 16 ans; de tels recours peuvent cependant être exercés par les représentants légaux de ces mineurs.

Séparation entre enfants et adultes en cas de privation de liberté (art.37 lit.c)

Le canton de Zurich s'oppose à une séparation stricte des enfants et des adultes au motif qu'une telle séparation ne serait pas souhaitable. Le canton de Berne constate que les institutions manquent pour qu'une telle séparation puisse être réalisée. Le canton de Bâle-Ville est d'avis que la Convention autorise les exceptions au principe de la séparation entre enfants et adultes. La pratique cantonale, qui doit faire face à des capacités limitées, serait ainsi couverte. La procédure pénale genevoise prévoit quant à elle déjà expressément la séparation des enfants et des adultes.

Le PSS et de nombreuses organisations intéressées (2, 17, 21, 24, 26, 27, 28, 29, 34, 39) constatent que la séparation entre adultes et enfants inscrite dans la Convention n'est pas garantie dans la procédure pénale suisse. Ils préconisent par conséquent une modification de la législation correspondante.

Protection de l'enfant dans les conflits armés, limite d'âge (art.38)

Plusieurs cantons (NW, SO), le PLS et de nombreuses organisations (12, 17, 24, 31, 34, 48) se plaignent de la limite d'âge trop basse pour l'enrôlement des enfants dans l'armée et pour leur participation aux conflits armés. Certaines prises de position réclament une déclaration interprétative sur le sujet ou une réserve de la Suisse. D'autres exigent un engagement actif de la part de la Suisse afin de rehausser cette limite d'âge. Certaines organisations intéressées (26, 27, 28, 29, 48) souhaitent une politique d'intervention active de la Suisse à l'encontre des Etats qui violent les dispositions correspondantes des Conventions de Genève.

Mesures de réadaptation (art.39)

Plusieurs organisations (2, 19, 48) souhaitent que soient élaborés des programmes particuliers visant à la réhabilitation des enfants réfugiés victimes de torture, de sévices ou de conflits armés, et qu'un centre international de réadaptation soit créé (2).

Droit des enfants dans la procédure pénale (art.40)

Plusieurs cantons (SZ, GE) se réfèrent à la disposition de la CEDH qui prévoit déjà une obligation similaire pour la Suisse. Le Canton de St Gall est d'avis que sa procédure pénale applicable aux mineurs est, telle que révisée, conforme aux exigences de la Convention. Le Canton de Genève fait état d'une révision en cours qui doit adapter sa procédure pénale applicable aux mineurs aux exigences de l'art.6 de la CEDH. Le canton d'Obwald laisse ouverte la question de savoir si le droit cantonal doit être adapté, tandis que le canton du Tessin est convaincu de la nécessité d'une telle adaptation. Le Canton de St Gall estime que sa procédure

pénale révisée pourrait remplir les exigences de la Convention.

Droit de bénéficiaire d'une assistance juridique ou de tout autre assistance appropriée (art. 40 § 2 lit b ii)

De nombreux cantons (ZH, BE, ZG, BS, SG, AG, TI) constatent que leur procédure pénale applicable aux mineurs ne reconnaît pas le droit à une assistance judiciaire. Si plusieurs cantons (ZH, BE, SG, AG, TI) permettent le recours à une assistance judiciaire, un droit à un avocat commis d'office n'existe que dans certains cas déterminés. Plusieurs cantons (ZH, SO, SG, AG) refusent le principe de l'avocat obligatoire et demandent la formulation d'une réserve correspondante, car une telle règle ne serait pas dans l'intérêt de l'enfant. Le Canton de Zoug envisage une modification de la procédure pénale qui permettrait l'introduction d'un avocat commis d'office. Le canton de Bâle-Ville fait référence à une décision du Tribunal fédéral qui a déjà condamné le défaut d'assistance judiciaire lors de la phase d'instruction de la procédure pénale pour mineurs et annonce une modification de la législation pertinente.

Droit à un procès équitable par un tribunal indépendant et impartial (art.40 § 2 lit. b iii)

De nombreux cantons (ZH, BE, SG, AG, TI, VS, NE) reconnaissent que leur procédure pénale applicable aux mineurs confie à une seule et même personne les fonctions d'instruction, d'assistance et de juridiction, ce qui ne répond pas aux dispositions de la Convention, ni aux obligations correspondantes de la CEDH. Certains cantons (ZH, SG, AG, NE) et l'Association suisse des juges sont d'avis qu'un changement serait de nature à compromettre le caractère plus pédagogique que répressif de la procédure, ce qui n'est pas souhaitable, et demandent par conséquent que la Suisse formule une réserve correspondante.

Le canton de Glaris doute, compte tenu de la réalité juridique suisse, que notre droit puisse être considéré comme respectant l'exigence conventionnelle d'un traitement sans retard des causes impliquant un mineur.

Aucune obligation de témoigner (art.40 § 2 lit. b iv)

Une telle obligation n'est pas exclue dans la procédure pénale de plusieurs cantons (ZH, BE, BS, BL, GR). Le canton de Zurich recommande, par conséquent, la formulation d'une réserve. Dans d'autres cantons (UR, AG, GE) les enfants peuvent être entendus mais ne peuvent être cités comme témoins. Pour le canton de Schwyz, l'introduction d'un droit des enfants à refuser de témoigner mérite réflexion. Le canton de Neuchâtel considère que la pratique actuelle de la police de faire signer les aveux par les mineurs n'est guère compatible avec la Convention.

Interprète gratuit (art. 40 § 2 lit b vi)

Certains cantons (BE, BS, BL, NE) constatent que, selon leur procédure pénale, le fait de recourir aux services d'un interprète n'est en principe pas gratuit.

Publicité en faveur de la Convention (art. 42)

Le canton du Tessin souligne la nécessité d'une information accrue afin que les dispositions de la Convention soient mises en oeuvre dans la pratique.

La Commission fédérale pour la jeunesse recommande l'élaboration de brochures qui attirent l'attention des enfants et des parents sur le contenu de la Convention. Plusieurs organisations (22, 24) réclament un renforcement de l'information afin de rendre les enfants conscients de leurs droits. Certaines organisations (24, 34) recommandent que des contacts réguliers soient établis entre les autorités fédérales et les organisations privées qui traitent des questions relevant de l'objet de la Convention, surtout dans l'optique de la rédaction des rapports périodiques que la Suisse devra soumettre au Comité sur les droits de l'enfant.

Rapports étatiques sur la mise en oeuvre de la Convention (art.44)

Le PSS souligne que la Suisse, par la présentation au Comité des droits de l'enfant d'un rapport complet et, si nécessaire, autocritique, pourrait contribuer à renforcer la faiblesse de l'instrument de contrôle de la Convention. Il souligne la valeur d'une large publicité de ce rapport afin de faire connaître l'objet de la Convention à l'opinion publique et de permettre un meilleur contrôle de son application.

La Commission fédérale pour la jeunesse demande un élargissement des compétences du Comité et exige que la Suisse attire l'attention des autres Etats parties qui méconnaissent gravement les droits de l'enfant sur les violations de la Convention que ces actes constituent.

5. Résumé

Résultat positif de la procédure de consultation: dans l'ensemble le droit suisse est conforme à la Convention

Les cantons, sauf deux exceptions (Thurgovie, Appenzell Rhodes-intérieures) se sont prononcés en faveur de l'adhésion de la Suisse à la Convention. Tous les partis qui ont participé à la consultation (PRD, PDC, PSS, UDC, PLS, Alliance des Indépendants, Jeunesse libérale suisse) saluent cette proposition, de même que les organisations faitières de l'économie ayant pris position. Les 54 autres organisation intéressées soutiennent, à l'exception d'une seule, le projet du Conseil fédéral.

Pratiquement toutes les prises de position constatent que le droit suisse satisfait, dans l'ensemble, aux finalités de la Convention.

Questions pendantes dans certains domaines

Beaucoup de réponses ont identifié certains domaines dans lesquels le droit cantonal ou le droit fédéral n'est pas totalement conforme aux dispositions

correspondantes de la Convention. Lorsque des incompatibilités sont constatées, certaines prises de position réclament la formulation d'une réserve tandis que d'autres exigent une adaptation du droit suisse.

Dans l'ensemble, ce sont les domaines suivants qui, d'après les prises de position communiquées, posent problème.

- *Non discrimination* dans la jouissance des droits garantis à tous les enfants (art.2 de la Convention): certaines organisations doutent que l'égalité de traitement des enfants sans considération de leur sexe, situation juridique, origine nationale ou sociale soit garantie en Suisse dans tous les domaines.
- *Droit à la nationalité* (art.7): en Suisse un droit à la nationalité n'est pas garanti pour les enfants apatrides
- *Droit de connaître ses parents* (art.7): le secret de l'adoption ainsi que l'anonymat du donneur dans les inséminations artificielles pourraient ne pas être compatibles avec la Convention.
- *Possibilité d'une révision judiciaire en cas de séparation entre l'enfant et les parents* (art.9 § 1): le droit suisse n'ouvre cette possibilité que de manière limitée.
- *Possibilité de faire connaître ses vues dans une procédure de divorce* (art.9 § 2): la procédure de divorce actuelle ne prévoit pas l'audition de l'enfant lors de l'attribution de l'autorité parentale.
- *Droit d'entretenir régulièrement des relations personnelles et des contacts avec les parents* (art. 9 para. 3): le droit suisse ne reconnaît pas expressément à l'enfant un droit d'entretenir des relations personnelles avec ses parents.
- *Droit à la réunification familiale* (art.10): la plupart des prises de position expriment l'avis que l'absence de droit au regroupement familial pour certaines catégories d'étrangers, en particulier les saisonniers, n'est pas compatible avec la Convention.
- *Devoir de prendre en considération l'opinion de l'enfant* lorsqu'il est concerné (art.12): de nombreuses prises de position reflètent l'opinion que quelques adaptations sont nécessaires dans les procédures administratives et judiciaires.
- *Responsabilité conjointe des parents pour l'enfant* (art. 18 § 1): de nombreuses prises de position critiquent le fait qu'il n'est pas possible d'attribuer l'autorité parentale conjointe aux les parents non mariés ou divorcés et saluent le projet de révision du droit du divorce sur ce point.
- *Institutions de garde* (art.18): beaucoup de prise de position soulignent le manque de telles institutions et regrettent l'insuffisance de l'engagement des autorités dans ce domaine.
- *Protection de l'enfant adoptif* (art.21 lit.c): le délai d'attente de deux ans peut avoir

des effets très négatifs sur la situation de l'enfant adoptif étranger qui n'est finalement pas adopté, et qui peut par conséquent se retrouver sans identité et sans nationalité, ce qui n'est pas compatible avec le principe de l'égalité de traitement.

- *Droit à la sécurité sociale et à un niveau de vie suffisant* (art 26, 27): certaines prises de position attirent l'attention sur l'absence d'assurance maternité et critiquent le fait que les réglementations cantonales actuelles en matière d'allocations familiales ne tiennent pas suffisamment compte des besoins de l'enfant.

- *Séparation entre enfants et adultes en cas de privation de liberté* (art.37 lit.c): une telle séparation n'existe pas dans de nombreux cantons.

- *Droits de l'enfant dans la procédure pénale* (art.40): de nombreuses procédures pénales applicables aux mineurs regroupent les fonctions d'instruction, d'assistance et de juridiction en une même personne, ce qui ne satisfait pas à l'exigence d'un tribunal indépendant .

Mise en oeuvre des dispositions programmatrices de la Convention

De nombreuses réponses attirent l'attention sur le fait que la Convention ne demande pas seulement des adaptations dans des domaines particuliers mais qu'elle nécessite également une orientation des décisions politiques en fonction des objectifs de la Convention. Certains cantons font remarquer que la politique suivie jusqu'à présent correspond déjà aux objectifs de la Convention. Certaines prises de position exigent une meilleure prise en considération de l'intérêt de l'enfant et de son opinion dans des domaines politiques comme l'éducation, la santé, la sécurité sociale, l'assistance sociale, les médias mais aussi l'aménagement du territoire, la politique étrangère et surtout la coopération au développement. Ils proposent, dans la perspective d'une politique de l'enfant globale, une série de mesures qui devraient accorder plus de poids à l'intérêt de l'enfant. A ce propos, certaines réponses recommandent une meilleure information du public sur les questions concernant les enfants et sur leurs droits.

Annexe:

Liste des participants

**Beitritt der Schweiz zum UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes,
vom 20. November 1989**

Vernehmlassungsverfahren - Teilnehmerliste

**Adhésion de la Suisse à la Convention de l'ONU relative aux droits de
l'enfant, du 20 novembre 1989**

Procédure de consultation - Liste des participants

**1. Kantonsregierungen
Gouvernements cantonaux**

Alle Kantone äusserten sich.
Tous les cantons se sont exprimés.

**2. Eidgenössische Gerichte
Tribunaux fédéraux**

- Schweizerisches Bundesgericht
Tribunal fédéral suisse
- Eidgenössisches Versicherungsgericht
Tribunal fédéral des assurances

**3. Politische Parteien
Partis politiques**

- Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz FDP
Parti radical-démocratique PRD
- Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz CVP
Parti démocratique-chrétien suisse PDC
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS
Parti socialiste suisse PS
- Schweizerische Volkspartei SVP
Union démocratique du centre UDC

- Liberale Partei der Schweiz LPS
Parti libéral suisse PLS
- Landesring der Unabhängigen LdU
- Jungliberale Bewegung der Schweiz
Jeunesse libérale suisse

4. Spitzenverbände der Wirtschaft Organisations faitières de l'économie

- Schweizerischer Gewerbeverband SGV
Union suisse des arts et métiers USAM
- Schweizerischer Handels- und Industrieverein SHIV
Union suisse du commerce et de l'industrie
- Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen
Union centrale des associations patronales suisses
- Schweizerischer Bauernverband SBV
Union suisse des paysans USP
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB
Union syndicale suisse USS
- Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände VSA
Fédération des sociétés suisses d'employés

5. Andere interessierte Organisationen Autres organisations intéressées

- (1) Eidgenössische. Kommission für Frauenfragen
Commission fédérale pour les questions féminines
- (2) Eidgenössische Kommission für Jugendfragen
Commission fédérale pour la jeunesse
- (3) Eidgenössische Kommission für Ausländerprobleme
Commission fédérale pou les problèmes des étrangers
- (4) Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique

- (5) Konferenz der kantonalen Fürsorgedirektoren
Conférence des directeurs cantonaux des affaires sociales
- (6) Schweizerischer Gemeindeverband
Association des communes suisses
- (7) Schweizerische Richtervereinigung
Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire
- (8) Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund
Fédération des églises protestantes suisses
- (9) Schweizer Bischofskonferenz
Conférence des évêques suisses
- (10) Christkatholische Kirche der Schweiz
Eglise catholique chrétienne suisse
- (11) Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund
Fédération suisse des communautés israélites
- (12) Bund schweizerischer Frauenorganisationen
Alliance des sociétés féminines suisses
- (13) Schweizerischer gemeinnütziger Frauenverein
- (14) Schweiz. Verband für Frauenrechte
Association suisse pour les droits de la femme
- (15) Zürcher Frauenzentrale
- (16) Schweizerischer Katholischer Frauenbund
Ligue suisse des femmes catholiques
- (17) Evangelischer Frauenbund der Schweiz
Fédération suisse des femmes protestantes
- (18) OFRA Schweiz
- (19) Schweizerische Flüchtlingshilfe
Organisation suisse d'aide aux réfugiés
- (20) Schweizerische Liga für Menschenrechte
Ligue suisse des droits de l'homme
- (21) Amnesty International, Schweizer Sektion
Amnesty International, Section suisse

- (22) Mouvement d'apostolat des enfants et préadolescents
Action catholique des enfants MADEP/ACE
- (23) Organisation mondiale pour l'éducation préscolaire OMEP
Comité suisse
- (24) Die Rechte des Kindes - International, Schweizer Sektion
Défense des Enfants - International, Section suisse
- (25) Schweizerische Kindernachrichtenagentur
- (26) Pro Familia Schweiz/Suisse
- (27) Pro Juventute Schweiz/Suisse
- (28) Schweizerisches Komitee für UNICEF
Comité suisse de l'UNICEF
- (29) Schweizerischer Kinderschutzbund
Association suisse pour la protection de l'enfant
- (30) Schweizerischer Krippen-Verband
Association des crèches suisses
- (31) Schweizerische Vereinigung der Elternorganisationen
- (32) Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation village d'enfants Pestalozzi
- (33) Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
Conseil suisse des activités de jeunesse
- (34) Schweizerische Koordination "Rechte des Kindes"
Coordination suisse "Droits de l'enfant"
- (35) Weisser Ring
Anneau blanc
- (36) Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge
Conférence suisse des institutions d'assistance publique
- (37) Mouvement ATD Quart Monde
- (38) Schweizerischer Bund für Jugendliteratur
Ligue suisse de littérature pour la jeunesse
- (39) Comité international pour la dignité de l'enfant

- (40) Sentinelles
- (41) Stiftung Kinder und Gewalt
- (42) Schweizerische Stiftung für Gesundheitsförderung
Fondation suisse pour la promotion de la santé
- (43) Comité pour les droits des enfants et des jeunes
- (44)- Nationaler geistiger Rat der Bahá'í der Schweiz
Assemblée spirituelle nationale des Bahá'ís de Suisse
- (45) Comité Vaudois du 14 Juin
- (46) Schweizerische Vereinigung für Straflosigkeit des
Schwangerschaftsabbruchs
- (47) Association suisse pour le droit d'avortement et à la contraception
- (48) Schweizerischer Friedensrat
- (49) Bundesleitungen Blauring und Jungwacht
- (50) Schweizerische Arbeitsgemeinschaft Nichtraucher
Association suisse des non-fumeurs
- (51) Consultation de planning familial
- (52) Association suisse des conseillères en planning familial